STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 07/11 des Einwohnerrates

Freitag, 9. Dezember 2011, 19.30 - 22.25 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Marty	Franz	CVP	Präsident
Anwesend:	Einwohnerrat			
	Berner	Georg	parteilos	
	Cantieni	Arthur	SP	
	Derrer	Jörg	SP	Stimmenzähler
	Eimer	Claudia Pia	parteilos	Aktuarin
	Käser	Werner	FDP	
	Knecht	Ursula	FDP	
	Lengwiler	Guido	Pro Stein	
	Marty	Franz	CVP	Präsident
	Oster	Rolf	SP	
	Rietmann	Katharina	Pro Stein	
	Schlatter	Richard	Pro Stein	Vizepräsident
	Schmid	Werner	FDP	Stimmenzähler/Mitglied GPK
	Ullmann	André	Pro Stein	
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
	Weibel	Urs	SP	Mitglied GPK
	Stadtrat			
	Böhni	Ernst	Werkreferent	
	Hug	Beat	Baureferent	
	Meile	René	Sozialreferent	
	Schilling	Heidi	Finanzreferentin	
	Verwaltung			
	Brügel	Stephan	Stadtschreiber	
	Furger	Martin	Zentralverwalter	
	Hirschi	Beat	Polizeichef/Weibel	
	Geschäftsprüfungskommission			
	Oderbolz	Markus	Präsident GPK	
	Schäffeler	René	Mitglied GPK	
Entschuldigt:	Hostettmann	Franz	Stadtpräsident	
	Häberli	Roland	Mitglied GPK	
Protokoll:	Widmer	Yvonne	Protokollführerin	

Traktanden

1. Protokollgenehmigung
2. Voranschlag 2012, Genehmigung
3. Finanzplan 2012 – 2016, Kenntnisnahme
4. Sanierung der Klingenstrasse und Erneuerung der Werkleitungen im Abschnitt Langstuck bis Tennisplatz
   Genehmigung des Baukredites im Betrag von Fr. 588'000
5. Volksmotion von Klaus Hagmann und elf Mitunterzeichnende
   „Vollständige und realistische Lösung für den Chirchhofplatz den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zur Abstimmung vorzulegen“
   Fristverlängerung bis 30.09.2012
6. Wahl des Einwohnerratsbüros für 2012
   Präsident oder Präsidentin
   Vizepräsident oder Vizepräsidentin
   Aktuarin oder Aktuar
   Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler
7. Postulat Oster:
   Nutzung der Dächer für Energieerzeugungsanlagen
8. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsident Franz Marty eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr und begrüsst die Anwesenden.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

INNERES, Einwohnerrat, Protokolle **03.20.005**

1. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Sitzung vom 4. November 2011 wird genehmigt.

René Meile, Vize-Präsident Stadtrat, verliest im Namen des Gesamt-Stadtrats eine Erklärung zum Rücktritt von Stadtpräsident Franz Hostettmann. Er betont ausdrücklich, dass sich der Stadtrat nicht in der Lage fühlt, noch gewillt ist, zu den in der Presse kursierenden Gerüchten Stellung zu nehmen, noch diese zu kommentieren.

Erklärung
Bekanntlich hat Franz Hostettmann am 29. November 2011 seinen Rücktritt als Stadtpräsident von Stein am Rhein auf den 31. Mai 2012 erklärt. Der Stadtrat bedauert diesen Schritt und die Umstände, welche Franz Hostettmann zu diesem Schritt bewogen haben: Aus Rücksichtnahme auf seine Gesundheit, aber auch aus persönlichen Gründen, möchte Stadtpräsident Hostettmann ab Juni 2012 etwas kürzer treten und seine Zeit auch für andere Aufgaben nutzen können.

Im Interesse der Stadt und der Bevölkerung von Stein am Rhein wird der Stadtrat zusammen mit Franz Hostettmann nach einer Lösung suchen, welche es dem Stadtpräsidenten ermöglicht, die sich stellenden Aufgaben bis zu seinem Rücktritt optimal und reibungslos erledigen zu können. Es sind derzeit sehr viele Projekte am Laufen. Franz Hostettmann wird die verbleibende Zeit vor allem dazu nutzen, pendente Aufgaben abzuschliessen sowie die laufenden Projekte den Nachfolgern zu übergeben. Neue Verpflichtungen werden je nach Situation einem Stellvertreter übertragen.

Der gesamte Stadtrat ist sich bewusst, dass die Übergangszeit und die daran anschliessende Zeit anforderungsreich und intensiv sein wird und er ist bestrebt, mit Blick nach vorne, die Erfordernisse der Stadt und der Einwohnerinnen und Einwohner ins Zentrum zu stellen.

Der Stadtrat hat sich auch über die Ansetzung der Ersatzwahl unterhalten; dabei hat er unter anderem diskutiert, die Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2009 - 2012 und die Wahl für die Amtsperiode 2013 bis 2016 auf dasselbe Datum festzulegen. Der Stadtrat sucht mit den Parteien das Gespräch und damit eine breit abgestützte Lösung.

Der Einwohnerrat bzw. die Parteien und die Bevölkerung werden durch den Stadtrat über die Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten. Der Stadtrat dankt für alle Formen der Unterstützung.

Unterzeichnet im Namen des Stadtrates von Franz Hostettmann, Stadtpräsident und René Meile, Vize-Präsident.

FINANZEN, Stadtkasse, Voranschlag **02.25.005**

2. Voranschlag 2012, Genehmigung

Heidi Schilling, Finanzreferentin, freut sich dem Einwohnerrat ein Budget vorlegen zu können, welches der Ausdruck eines gesunden Finanzhaushaltes ist. Trotz erneuter Senkung des Gemeindesteuerfusses um 1 Prozent will die Stadt 2012 Fr. 22'000 weniger ausgeben als sie einnimmt. In Anbetracht dessen, dass zahlreiche Gemeinden im Kanton Schaffhausen in ihren Budgets einen Aufwandüberschuss ankündigen mussten, können wir erfreut sein über den ausgeglichenen Voranschlag.

Das Rohbudget 2012 wies noch einen Ausgabenüberschuss aus. Mit dem Eigenkapitalkonto von Fr. 3,5 Mio. hätten wir diesen Aufwand verkraften können. Der Stadtrat wollte dies nicht und hat an seiner zweiten Lesung den Voranschlag um Fr. 400'000 reduziert, z.B. wurden die Leitbilder und die Schulsozialarbeit hinausgeschoben und es sind bereits Vorgaben aus dem Finanzplan in den Voranschlag eingeflossen. Weiterhin festhalten möchte der Stadtrat an der Reduktion des Gemeindesteuerfusses. Dieser liegt nun bei 95%. Damit befindet sich Stein am Rhein im vorderen Drittel im Kantonsvergleich. Aus heutiger Sicht muss man davon ausgehen, dass mit einem Steuerfuss von 95% und unter Berücksichtigung der ausserordentlichen Investitionen in den nächsten Jahren der Spielraum bei den Steuern vorderhand ausgeschöpft ist. Bei den Steuereinnahmen gehen wir nach wie vor von einer stabilen Entwicklung aus, vor allem bei den natürlichen Personen.

Der Gesamtaufwand der laufenden Rechnung nimmt im Vergleich zum Vorjahresbudget um Fr. 900'000 zu. Die Veränderungen sind auf Seite 2 des Voranschlages aufgeführt.

Allgemein nimmt der Personalaufwand zu, vor allem in der Bildung: Ein neuer Verteilschlüssel bei den Lehrerlöhnen wirkt sich mit Fr. 100'000 aus, eine zusätzliche Unterstufenklasse sowie eine 4. Kindergartenabteilung wurden eingerichtet. Ein Mehraufwand ist auch bei der Feuerwehr und beim Finanzausgleich zu beobachten. Andere Mehrausgaben wie z. B. die Spitex werden durch Mehreinnahmen wieder gedeckt. Was mit Sorge beobachten wird, ist die Tendenz, dass vom Kanton immer mehr Aufgaben auf die Gemeinden verschoben werden, besonders bei der Bildung und bei der sozialen Wohlfahrt.

Der Neubau Sporthalle Hopfengarten wird uns finanziell in den nächsten Jahren einschränken. Zusammen mit den Grossprojekten der Wasserversorgung und den dazu gehörenden Strassenbausanierungen haben wir, wie der Finanzplan zeigt, in den nächsten Jahren keinen zusätzlichen finanziellen Spielraum mehr.

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Voranschlag geprüft. An einer ausführlichen Besprechung mit dem Stadtrat konnten offene Fragen beantwortet werden. Teilweise wurden Textanpassungen vorgenommen, was zu einer erhöhten Transparenz führte. Diskussionspunkte waren unter anderem die Planungskosten des Parkhauses Undertor, da der Stadtrat im 2012 keine Abschreibungen auf diesen Betrag vornimmt. Die Planung Parkhaus soll erneut aufgenommen werden. Der Stadtrat wird sich hier um eine Lösung bemühen.

Im Voranschlag 2011 sind vereinzelt Projekte aufgeführt, die aus verschiedenen Gründen erst im Jahr 2012 ausgeführt werden können. Im Text der Investitionsrechnung ist auf diese Projekte hingewiesen. Die per 31. Dezember 2011 noch offenen Kredite werden in der Jahresrechnung 2011 aufgeführt.

Stein am Rhein ist in der glücklichen Lage, dass die Sporthalle Hopfengarten von der Jakob und Emma Windler-Stiftung mit 45% mitfinanziert wird. Dank des Sporthallenfonds und des Beitrags vom Kanton wird die Investitionsrechnung mit Fr. 3 Mio. belastet. Mit einer linearen Abschreibung von 4% wird die Stadtrechnung während 25 Jahren mit Fr. 150'000 pro Jahr belastet. Im Weiteren fallen Sanierungen der Strassen Burgacker und Schwemmgraben an, mit den darunter liegenden Werkleitungen. Wasserprojekte werden vom Kanton subventioniert, sofern sie bis 2015 eingereicht und bis 2020 realisiert werden. Hier gilt es zügig vorwärts zu machen.

Heidi Schilling bedankt sich bei allen, die am Budget 2012 mitgearbeitet haben, allen voran dem Zentralverwalter Martin Furger, dem Stadtrat, der Verwaltung, der GPK und dem Einwohnerrat. Man ist sich bewusst, dass die Stadt massgeblich entlastet wird durch die grosszügige Unterstützung der Jakob und Emma Windler-Stiftung. Ein herzliches Dankeschön geht deshalb auch an den Stiftungsrat.

Sie bittet den Einwohnerrat, den Anträgen des Stadtrates zum Budget 2012 zuzustimmen.

Markus Oderbolz, Geschäftsprüfungskommission, möchte im Namen der GPK einen Dank aussprechen für die sehr gute Arbeit, die der Voranschlag 2012 aufweist. Vor allem an den Stadtrat und den Zentralverwalter und an alle weiteren Beteiligten aus der Stadtverwaltung. Offene Fragen wurden gut und ausführlich beantwortet und die eine oder andere Korrektur konnte bereits einfliessen in den Voranschlag 2012. Beschäftigt hat die GPK, dass im Budget 2011 sehr grosse Investitionen geplant worden waren, die nicht oder noch nicht umgesetzt werden konnten im 2011 und dass diese jetzt auch noch im Voranschlag 2012 umgesetzt werden müssen. Sie haben angeregt, dass diese im Text/Kommentar erwähnt werden mit dem Vermerk, dass diese erst noch umgesetzt werden müssen und dann erst in der neuen Rechnung erscheinen. Mit Freuden haben

sie Kenntnis genommen vom neuen Finanzplan. Das ist ein Instrument, das die GPK an und für sich braucht, um den Voranschlag zu prüfen und die langfristigen Aspekte untersuchen zu können. Ein immer noch grosser Wunsch der GPK ist, dass die Planungsrechnungen, die der GPK auch zugesagt worden sind, angepasst werden. Dies wurde auf das nächste Jahr versprochen.

Ein ganz wesentlicher Punkt ist, wie der Voranschlag und der Finanzplan aufzeigen, dass eine grosse Anzahl wichtiger Aufgaben erledigt werden müssen, was zu einer grossen Belastung der Verwaltung führen wird. In diesem Zusammenhang möchte die GPK beliebt machen, dass man eine fachliche Begleitung bei der Umsetzung dieser Projekte hinzuzieht und dies bereits bei der Planung.

Die GPK hält fest, dass der Voranschlag den gesetzlichen Vorgaben entspricht und sie beantragt dem Einwohnerrat, den Voranschlag 2012 zu genehmigen.

Eintretensdebatte

André Ullmann, Pro Stein, informiert, dass man den Voranschlag 2012 kritisch geprüft hat und er kann vorweg nehmen, dass sie einstimmig für Eintreten auf den Voranschlag sind. Für sie ist wichtig, dass man das nicht losgelöst vom Finanzplan macht.

Es sind zwei Jahre vergangen seit wir den letzten Finanzplan vorliegen hatten und wir hatten immer wieder moniert, wie andere Fraktionen auch, dass dieser gebraucht wird, damit man wichtige Grundsatzentscheide verstehen kann und letztlich diesen auch zustimmen. Dies ist mit dem vorliegenden Finanzplan jetzt möglich. Es freut die Pro Stein, dass die Stadt im Finanzplan auch erwähnt, dass der Finanzplan zukünftig als laufendes Arbeitsmittel eingesetzt werden soll und nicht nur jährlich, sondern bei Bedarf auch unterjährig angepasst werden soll, um längerfristige Einflussfaktoren und Auswirkungen beim Fällen von Grundsatzentscheiden auch unterjährig miteinbeziehen zu können. Diese Erkenntnis allein ist an sich schon äusserst wertvoll. André Ullmann möchte deshalb Voranschlag und Finanzplan verbinden und zuerst auf den Finanzplan eingehen und am Schluss noch einige Schlussfolgerungen ziehen zum Voranschlag 2012.

Am Finanzplan befürworten sie einige Grundsätze, die eingeflossen sind.

1. Prioritätensetzung bei Projekten: Ein längst fälliger Schritt, da wir bemerken, dass wir uns zu viel auf die Schultern geladen haben, wir müssen anfangen, kürzer zu treten. Für Pro Stein ist die HOGA-Sporthalle und die Alterswohnungen sicher eine Top-Priorität und dazu gehört auch das Wasser, da die Subventionen ab 2015 ausgesetzt werden. Bei dieser Prioritäten-Setzung stimmt diejenige der Pro Stein zu 100% mit dem Stadtrat überein. Wir befürworten auch, dass die Parkierung beim Undertor danach in geänderter Form wieder aufgenommen wird. Dass drei andere Projekte (Strandbad, Bahnhofsunterführung und Renovation Rathaus) vorgezogen wurden, ist für uns nachvollziehbar und unterstützenswert.
2. Stete, konsistente Entwicklung und Massnahmen gegen Kostenexplosion: Der Stadtrat hat richtig erkannt, dass das Wachstum der Gemeinde in kontrollierten Schritten erfolgen soll, daher befürworten wir die Etappierung der Landverkäufe. Ebenso hat der Stadtrat richtig erkannt, dass in einigen Bereichen die Kosten beängstigend angestiegen sind, vor allem aber durch neue übergeordnete Gesetze oder durch Kostenumwälzung des Kantons, die den Gemeinden immer wieder neue Probleme schafft. Dieser Entwicklung müssen wir entgegenwirken, um uns einen finanziellen Handlungsspielraum für gezielte Investitionen zu erhalten. Richtigerweise hat der Stadtrat in vielen Kostenbereichen Richtwerte eingeführt, um die Kosten transparent und unter Kontrolle zu halten.

3. Hinterfragen bisheriger Strukturen und sowie Neuorganisation hin zu einer effektiveren Verwaltung: Dies ist ein mutiger Schritt in die richtige Richtung. Wichtiger noch ist jedoch, dass dieser Schritt von Seiten des Stadtrats und der Verwaltung her kommt. In der Vergangenheit hat es schon vereinzelt Vorstösse gegeben, ob von Seiten des Einwohnerrates oder der Stellenplan-Kommission, umsetzbar sind diese jedoch nur, wenn sie aus Überzeugung von innen heraus angepackt werden. Die basierenden Grundsätze unterstützen wir voll und ganz: Trennung von strategischen und operativen Aufgaben zwischen Stadtrat und Verwaltung, sinnvollere Gliederung der Referate und Aufgaben (z.B. Bau und Polizei) erachten wir als sehr sinnvoll. Was diese Neuorganisation jedoch erst verdaubar macht, ist letztlich das Ziel, dass sie weitestgehend kostenneutral erfolgen soll.
4. Weiterführung nachhaltige Finanzpolitik: Wir sind uns alle einig, dass durch die nachhaltige Finanzpolitik der letzten Jahre Stein am Rhein stark an Attraktivität gewonnen hat und dies in vielerlei Hinsicht zu einer positiven Spirale geführt hat. In diesem Zusammenhang ist der Kommentar zur Entwicklung des Steuerfusses im Finanzplan aus der Sicht der Pro Stein völlig ins Negative verzerrt worden. Er lässt komplett ausser Acht, dass wir genau in der Zeitperiode der Steuersenkungen von 2003 bis heute stetig die Fr. 3.5 Mio. Eigenkapital, die Fr. 3.7 Mio. Rückstellungen für die HOGA-Halle und die mehreren Millionen Franken an zusätzlichen Abschreibungen erwirtschaftet haben. Daher soll für die Pro Stein nach aller Möglichkeit an der Politik der schrittweisen Senkung des Steuerfusses festgehalten werden, wobei richtigerweise nur, wenn das der Finanzplan zulässt.

Zusammenfassend ist die Pro Stein stolz auf diesen Finanzplan. Wir haben noch selten einen so ausgereiften und detaillierten Finanzplan gesehen. All jenen, die an diesem Finanzplan mitgewirkt haben, gebührt grosser Respekt. Da steckt viel Arbeit dahinter, das merkt man. Ein Punkt jedoch hat bei uns letztlich zu heftigen Diskussion geführt und zwar die Realisierbarkeit dieser Projekte, obwohl diese priorisiert worden sind. Das hat deshalb auch unseren Eintretens-Kommentar zum Voranschlag 2011 initiiert. Auf diese einzelnen Fragen und Kritikpunkte werden wir in der Detailberatung eingehen.

Jetzt aber zum Punkt, ob diese Projekte teilweise überhaupt durchgeführt werden können. Daran haben wir ernsthafte Zweifel. Folgende vier Tatsachen machen dies deutlich:

1. Pendenzen aus dem Jahre 2011: Viele Projekte, wurden noch gar nicht aufgenommen oder wurden nicht zu Ende geführt. Die Tabelle ist relativ lang und die GPK hat auch darauf hingewiesen, dass die personelle Kapazität fehlt.
2. Die Projekte, welche für 2012 und 2013 geplant sind, sind bislang schleppend verlaufen (vor allem die Kernprojekte) und haben teilweise bereits wieder Rückstand. Wir glauben, dass diese für ein rascheres Vorwärtskommen grösstenteils falsch organisiert sind.
3. Es stehen ordentliche Wahlen an. Dies wird Ressourcen binden und ein Wahlkampf ist für eine reibungslose Zusammenarbeit nicht gerade förderlich.

Die Pro Stein möchte, dass der Stadtrat bestmöglichst unterstützt wird. Wir stellen uns das wie folgt vor und das zielt in die gleiche Richtung wie die Äusserungen des Vizepräsidenten am Anfang der Sitzung:

Der Stadtrat konzentriert sich rasch möglichst auf die strategische Ebene und überlässt das operative der Verwaltung. Der Stadtrat sollte möglichst rasch alle Kommission hinsichtlich Zielsetzung und Führung überprüfen. Von Seiten Einwohnerrat soll das unter-

stützt werden, soweit das die Möglichkeiten und Kompetenzen zulassen und wir bitten den Stadtrat, frühzeitig auf die Stellenplan-Kommission zuzukommen.

Zuletzt möchte André Ullmann auf einen Punkt kommen, den die GPK bereits erwähnt hat. Pro Stein ist überzeugt, dass in diesen Grossprojekten externe Hilfe beigezogen werden muss. Man hat gute Erfahrungen damit gemacht im Bereich HOGA-Halle, dort ist das bereits erfolgt. Wir glauben aber, dass es noch zwei andere grössere Projekte gibt, wo das auch gemacht werden sollte. Dies betrifft zum einen den Bereich Tiefbau; bis ins Jahr 2020 werden wir eine ganze Reihe von einzelnen Projekten haben, getrieben durch die Aussetzung der Subventionen. Das andere Projekt betrifft die Alterswohnungen, die schon ein grösseres Projekt sind und in der nächsten Zeit einiges an Kapazität binden werden. Es ist kein falscher Stolz, wenn man zugibt, dass wir für solche Projekte eigentlich keine Fachleute sind. Pro Stein wird in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen. Wir sind uns bewusst, dass das kurzfristig etwas kosten wird, sind aber überzeugt, dass sich durch die professionellere Führung sowohl zeit- wie auch kostenmässig ein Nutzen zeigen wird.

So viel von Seiten Pro Stein zum Budget 2012 und auch zum Finanzplan. Wir möchten allen danken, die am Finanzplan und am Voranschlag mitgewirkt haben, dem Zentralverwalter, allen Chefbeamten so wie auch dem Stadtrat. Nicht zuletzt aber auch der GPK, die als verlängerter Arm des Einwohnerrats bereits schon frühzeitig eingreifen kann.

Urs Weibel, SP, möchte sich zum Budget 2012 eher kurz halten und dann zum Finanzplan etwas ausführlicher werden. Wie André Ullmann bereits erwähnt hatte, musste man auf den Finanzplan zwei Jahre warten, den Voranschlag erhält man jedes Jahr. Deshalb hat sich vielleicht auch etwas angestaut, aber er möchte jetzt noch nicht vorgreifen. Er kann sich in der Grundstruktur seinen Vorrednern anschliessen. Es liegt ein erfreuliches Budget vor, das die Politik der letzten Jahre, in der eine gute Finanzlage erarbeitet wurde, weiterführt. In diesem ganzen Budgetprozess hat man das Wünschbare reduziert auf das Machbare und das Notwendige. Grundsätzlich ist zu sagen, man hat die richtige Stossrichtung, man hat auch die Prioritäten konsequenter gesetzt als auch schon. Das Budget ist sehr ausführlich kommentiert, das hilft den Fraktionen bei der Beratung, macht aber die Beratung im Einwohnerrat nicht mehr gar so spannend, da die meisten Fragen schon vorgängig geklärt werden konnten. Der Dank geht an den Stadtrat, die Verwaltung, vor allem an Martin Furger, und die Geschäftsprüfungskommission und auch an die Jakob und Emma Windler-Stiftung. Wir müssen uns bewusst sein, welche Beiträge jährlich nicht nur in die Investitionsrechnung sondern auch in die laufende Rechnung einfliessen. Ohne diese Beiträge würde der Finanzhaushalt wesentlich anders aussehen und es müsste viel mehr entschieden werden, was wollen wir und was können wir uns überhaupt leisten.

Der Voranschlag hat innerhalb der SP-Fraktion zwar wie immer bei einigen Konten Fragen aufgeworfen. Es ist aber grundsätzlich keine Fundamental-Kritik daraus entstanden. Wir werden auf diese Punkte in der Detailberatung zu sprechen kommen und auch entsprechende Anträge werden daraus voraussichtlich folgen.

Bei den Investitionen teilen wir die Feststellungen der GPK. Die Kritik richtet sich an den Stadtrat sowie den Einwohnerrat. Mittlerweile haben wir einen veritablen Investitionsstau längst bewilligter Projekte, die noch nicht oder erst teilweise realisiert wurden. Diese müssen jetzt auch noch mit den anstehenden grossen Projekten abgearbeitet werden. HOGA und Wasser sind die grossen Brocken, die noch anstehen. Hier stehen wir alle in der Pflicht als Einwohnerräte, die Prioritäten richtig zu setzen, das politisch Wünschbare auf das pragmatisch Machbare zu reduzieren.

Kritisch hinterfragt wurde innerhalb der SP-Fraktion die Steuerfusssenkung. Für den Normalverdiener bringt diese 1% Steuerfuss-Senkung nur eine unwesentliche Entlastung, schmälert aber doch den Gesamthaushalt der Stadt um rund Fr. 80'000. Gerade bei der nach wie vor sehr unsicheren Wirtschaftslage und, wie Heidi Schilling erwähnte, der Finanzlage beim Kanton, der seine leeren Kassen zulasten der Gemeinden sanieren will. Wir haben viele anstehende Projekte. Projekte, die schon bewilligt wurden. Da müssen wir uns wirklich sehr sorgfältig überlegen, ob man dieses Zeichen setzten sollte oder gibt es nicht Aufgaben, die man in Stein am Rhein mit diesen Fr. 80'000 schon in diesem Jahr anpacken sollte. Da werden wir aber in der Detailberatung noch dazukommen.

Zusammengefasst sind wir sehr erfreut über das Budget wie es vorliegt und werden auf die Vorlage eintreten.

Werner Schmid, FDP, möchte sich seinen Vorrednern anschliessen und als erstes dem Stadtrat und allen Beteiligten für das sehr gute Budget, mit einmal mehr einer ausgeglichenen Rechnung, danken. Es ist alles sehr gut dokumentiert und das machte es einfach, die einzelnen Posten nachzuvollziehen und viele Fragen werden vorweg durch den Kommentar schon beantwortet. Die FDP begrüsst die vorgesehene Steuerfussreduktion um 1%, das ist umso erfreulicher, als es im Kanton immer mehr Gemeinden gibt, die ihre Steuern erhöhen müssen und ihre Finanzen nicht mehr gleich gut im Griff haben.

Auch von Seiten der bürgerlichen Fraktion geht der Dank an die Windler-Stiftung, für die tollen Beiträge, die sie bezahlt, wie jetzt auch wieder an die HOGA-Halle. Aber man darf auch nicht vergessen, dass die Stadt Stein am Rhein ziemlich abhängig ist von dieser Stiftung. Es sind über Fr. 800'000 pro Jahr, d.h. 10 Steuerprozente der laufenden Rechnung. Von vielen Projekten bei denen die Windler-Stiftung die Investitionen finanziert, sind die Unterhaltskosten in der laufenden Rechnung enthalten. Ein Beispiel ist die Weihnachtsbeleuchtung, die zwar durch die Stiftung finanziert wurde, aber das Auf- und Abhängen bezahlt die Stadt jedes Jahr. Bei allem Positiven darf das nicht vergessen werden. Ohne Sonder-Finanzierung durch die Stiftung könnte der finanzielle Spielraum der Stadt sehr schnell erschöpft sein.

Aus Sicht der GPK möchte er noch auf zwei Punkte hinweisen. Das eine ist die Verpflichtungskreditkontrolle. Da wird auch aus Sicht des Einwohnerrates gewünscht, dass diese jeweils mit dem Vorschlag und der Rechnung aktuell abgegeben wird, damit ersichtlich ist, welche Verpflichtungen die Stadt Stein am Rhein eingegangen ist und welche Kosten bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufen sind.

Dann noch zur Kostenkontrolle: Ein Beispiel, das der Einwohnerrat immer wieder aufgeworfen hat, ist der Parkplatz-Fonds. Mehrere Jahre wurde moniert, dass der Fonds geschröpft wird und jetzt ist er leer. Beim Parkhaus hat der Stadtrat versprochen, dass er innert nützlicher Frist wieder gefüllt werden wird, aber es sieht einfach nicht danach aus.

Zu den Aussichten: Der Voranschlag ist auch immer ein Zeitpunkt, um nach vorne zu schauen. Da sieht es eigentlich positiv aus, wie der Stadtrat gesagt hat, beruht der grösste Teil der Steuereinnahmen in Stein am Rhein auf natürlichen Personen. Das macht es gut möglich zu planen, vor allem in den nächsten Jahren und der Stadtrat sagt ja auch, dass ein moderates Wachstum geplant ist. Nichts desto trotz möchte die bürgerliche Seite anregen, vor allem wenn es um die nächsten Projekte geht, dass man die Arbeitsplätze nicht vergisst. Da geht es vor allem um Gewerbe und Industrie, die man fördern sollte. Stein am Rhein wird auch von der kantonalen Wirtschaftsförderung ziem-

lich stiefmütterlich behandelt. Denn Stein am Rhein kann so einerseits noch attraktiver werden, wenn man Arbeitsplätze hat und es ist auch sehr positiv, wenn die Bewohner einen kurzen Arbeitsweg haben. Das entlastet auch die Infrastruktur. Wir möchten dem Stadtrat ans Herz legen, dass man das in Zukunft wieder mehr aufnimmt.

Zum Finanzplan wird er sich nachher noch äussern. Die bürgerliche Fraktion ist beim Voranschlag für Eintreten und wird diesem auch zustimmen.

Detailberatung

Seite 2

Arthur Cantieni, SP, möchte etwas zum Minderaufwand/Prämienverbilligung und zugleich zur Reduktion der Steuern um 1% sagen. Er erinnert daran, dass der Kantonsrat am 30. Oktober 2011, selbstverständlich erst unmittelbar nach den Kantonsratswahlen, eine massive Kürzung der Prämienverbilligung bei den Krankenkassen beschlossen hat. Wie man im Vergleich auf Seite 2 zum Vorjahresbudget erkennen kann, führt dies zu einer Entlastung im Voranschlag von rund Fr. 40'000, eine Einsparung, die vollständig zu Lasten der unteren Einkommen geht, was wohl niemand bestreiten wird.

Die Kürzungen sind gravierend. Ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem Reineinkommen von Fr. 70'000 erleidet eine Einbusse von total Fr. 1'800 jährlich. Eine Familie mit vier Kindern und einem Reineinkommen von Fr. 84'000 erhält sogar rund Fr. 3'200 weniger. Vergleicht man nun das Steuergeschenk von 1% mit diesen Ausfällen, so ergibt sich bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 50'000 bei einer alleinstehenden Person Fr. 27.60, bei einem Ehepaar Fr. 17.65, bei einem Einkommen von Fr. 100'000 macht das Fr. 79.95 und bei einem Ehepaar Fr. 56.90.

Wie der Stadtrat richtig festgestellt hat, wurde in den letzten Jahren der Steuerfuss laufend gesenkt, was naturgemäss vor allem den mittleren und höheren Einkommen zu Gute kam. Arthur Cantieni hat diese Steuersenkungen jeweils mitgetragen. Jetzt ist er jedoch an einem Punkt angelangt, wo er aus Gründen der Opfersymmetrie diese Politik nicht mehr verantworten kann. Er ist sich bewusst, dass die Gemeinde keinen Einfluss hatte auf diesen Beschluss, obwohl im Raum Leute sitzen, die bei diesem Beschluss mit abgestimmt haben, aber trotzdem kann er das einfach nicht mehr verantworten.

Er wird deshalb am Schluss den Antrag stellen, den Steuerfuss auf 96 Punkten zu belassen.

Werner Käser, FDP, weist darauf hin, dass nach seiner Meinung bei Position 7 Umwelt, Raumordnung ein Minus bei der Prozent-Zahl stehen müsste.

Seite 8/9

022 Stadtarchiv 314.00 Bestandeserhaltung

André Ullmann, Pro Stein, erklärt, es gehe ihm weniger um die Fr. 10'000 im Budget, als vielmehr die Bemerkung im Kommentar, dass der gesamte Restaurierungsbedarf rund Fr. 260'000 beträgt. Als er den Betrag gesehen habe, sei er gerade mal schnell ins Schlucken geraten. Wenn man das umrechnet, gäbe das ca. 26 Jahre, bis man das alles aufgearbeitet habe. Hat sich der Stadtrat schon Gedanken gemacht, wie man das Archiv restaurieren will, ist das im Rahmen von der Reorganisation/Neuorganisation geplant?

René Meile, Sozialreferent, erklärt, der Stadtrat hätte den Auftrag erteilt, eine Untersuchung zu machen und diese Zahl sei für die Restaurierung schon erhärtet. Es würden noch andere Quellen gesucht, die helfen, dies zu finanzieren. Aber man wird dies, je nach den finanziellen Möglichkeiten, versuchen zu verwirklichen. Beim Archiv gibt es

immer Arbeiten, die man halt dann hinausschieben muss. Aber was einen wachsenden Schaden gibt, das muss dann halt gemacht werden. Aber es stimme, 26 Jahre wird man nicht warten können.

Martin Furger, Zentralverwalter, ergänzt, dass das die jetzige Situation bei den historischen Dokumenten ist. In einem Archiv sei nie alles in einem tipptoppen Zustand. Es sei eigentlich in jedem Archiv so, dass ständig Unterlagen restauriert werden müssen und neue hinzukommen. Man sieht das eigentlich nicht als grosse Gesamtbelastung sondern das sei eine normale Situation.

Seite 16/17

113 Polizei 301.11 Besoldungsverrechnungen an andere Abteilungen

André Ullmann, Pro Stein, hat eine Frage zum Verteiler Besoldungsaufwand. Wenn man einen Blick in die Rechnung wirft, stellt man fest, dass diese Prozentzahlen zum Teil massiv abweichen. Dazu kommt noch, dass gerade im Bereich Parkplatzkontrolle ein Mehraufwand entstehen könnte, wenn man die Anzahl der Parkplätze noch ausdehnt bzw. diejenigen, die kontrolliert werden müssen z.B. im Bereich Schützenhaus. Das war bereits schon im letzten Jahr 16,5% und nicht 10%. Warum führt der Stadtrat jedes Jahr stur diese 10/10/7% fort, obwohl man weiss, dass es eine ganz andere Zuordnung ist?

Martin Furger, Zentralverwalter, wird diese Frage oberflächlich gerne beantworten. Wenn man die Zahlen z.B. der Parkplatzkontrolle anschaut, waren das vor Jahren noch Fr. 50'000 und die GPK hat verlangt, dass diese überprüft und dem tatsächlichen Aufwand angepasst werden. Das hat man gemacht und diese auch in Hinblick auf das geplante Parkhaus auf die Fr. 30'000 angepasst. Aber das betrifft nur das Budget, in der Rechnung wird der Betrag genau auf die Prozente, die tatsächlich angefallen sind, angepasst. Es liegt in der Natur des Budgets, dass man eine Annahme treffen muss und diese dann halt von den tatsächlichen Zahlen abweicht.

Seite 22/23

André Ullmann, Pro Stein, hat eine generelle Bemerkung zum ganzen Kapitel 2/ Bildung. Es wurde bereits erwähnt, dass der Bereich Bildung mittlerweile der grösste Kostenbereich ist. Er denkt in diesem Bereich, ist auch erhöhte Transparenz gefragt. Er nimmt an, es hat auch in anderen Fraktionen die Diskussion stattgefunden, ob diese Entwicklung in die richtige Richtung geht und die Kommentare, die in der Begründung stehen, auch nachvollziehbar sind. Gerade im Bereich Besoldung und Gemeindezulage der Lehrkräfte, Personalaufwand ist die grösste Position, wäre es für den Einwohnerrat einfacher, wenn sie die Berechnungsgrundlagen nachvollziehen könnten. Es geht ihm nicht darum, das Salär von Lehrer XY zu wissen, sondern es geht darum zu verstehen, wie die Klassengrössen aussehen und zu welchen Schlüssen man gekommen ist, welche Klassengrössen man braucht über die Jahre. Damit man die zum Teil relativ grossen Schritte, die es teilweise gibt, auch besser nachvollziehen kann.

Heidi Schilling, Schulreferentin, informiert dass es gerade zu den Klassengrössen Richtlinien/Empfehlungen vom Kanton gäbe, die eingehalten werden müssen. Stein am Rhein hat komfortable Klassengrössen, es muss aber berücksichtigt werden, dass es gerade in der Unterstufe eine integrierte Einschulungsklasse gibt. Würde man diese loslösen hätte man grössere Klassengrössen, aber eine spezielle Klasse für die Einschulung. Die Schule richtet sich wirklich nach den Empfehlungen des Kantons, da gibt es keine Sonderregelung für die Schulen Stein am Rhein. An den hohen Bildungskosten haben andere Gemeinden genauso zu kauen, überall steigen die Bildungskosten das ist eine Tatsache und sie haben auch steigende Kinderzahlen, das ist gesamtschweizerisch. Dadurch mussten die Klassen aufgestockt werden.

André Ullmann, Pro Stein, möchte ergänzen, dass es für sie nachvollziehbar ist, dass die Vorgaben des Kantons berücksichtigt werden müssen. Was ihnen aber sauer aufstösst, ist, dass der Kanton die Auflagen macht und dann immer weniger an die Lohnkosten bezahlt. Das sind in Zukunft noch 41% und die Gemeinden zahlen den Löwenanteil, haben aber in dieser Form überhaupt nichts zu sagen und er findet es nichts als richtig, wenn die Entscheide, die dazu geführt haben, nachvollziehbar sind.

200 Kindergärten 302.00 Besoldungsanteile und Gemeindezulagen Lehrkräfte
Werner Käser, FDP, hat eine Frage zum Waldkindergarten. Als dieser im Einwohnerrat beschlossen wurde, hiess es, dass die Eltern ihre Kinder selber in den Wald hinauf bringen. Mittlerweile fährt der Bus des Altersheims die Kinder in den Wald. Wo sind diese Kosten verbucht, sind diese irgendwo sichtbar.

Heidi Schilling, Schulreferentin, erklärt, dass das klar auf die Initiative des Elternrats zurückgeht. Trägerschaft ist der Elternrat. Die Stadt vermietet dem Elternrat den Bus und das wird auch so verrechnet, für den Steuerzahler entstehen keine zusätzlichen Kosten. Der Elternrat schaut seinerseits, wie er das wiederum finanzieren kann.

Werner Käser, FDP, weist darauf hin, dass der Elternrat wiederum durch die Stadt subventioniert werde.

Heidi Schilling, Schulreferentin, antwortet, der Elternrat habe ein Gesuch an die Windler-Stiftung gestellt. Das sei jetzt der Versuchs-Betrieb für ein Jahr. Man könne davon ausgehen, der Kindergartenweg sei Sache der Eltern und die Eltern haben sich jetzt organisiert.

Franz Marty, Einwohnerratspräsident, hält fest, der Betriebsversuch des Waldkindergartens sei für zwei Jahre und der mit dem Bus für ein Jahr beschlossen.

Heidi Schilling, Schulreferentin, bestätigt, der Versuch mit dem Bus laufe jetzt mal für ein Jahr und dann schaue der Elternrat weiter.

Seite 28/29
309 Dorfkultur 319.04 Weihnachtsbeleuchtung
Katharina Rietmann, Pro Stein, merkt an, dass die Fraktion schon ihre Fragezeichen habe hinter den Kosten für das Auf- und Abhängen der Weihnachtsbeleuchtung von Fr. 33'000.

René Meile, Sozialreferent, erklärt, die Stadt habe jetzt die Weihnachtsbeleuchtung und nun werde diese auch aufgehängt. Es wäre ja dumm, wenn sie diese jetzt in der Garage lassen würden, aber dem Stadtrat sei bewusst, dass man in Zukunft ein gutes Augenmerk darauf haben muss, wenn solche Dinge angeschafft werden.

Urs Weibel, SP, wollte zum gleichen Punkt ebenfalls eine Bemerkung anbringen. Er stelle keinen Antrag, diese Kosten herauszustreichen, sonst würde die Beleuchtung dann das ganze Jahr hängen. Es stört ihn aber, dass man die Folgekosten da nicht schon frühzeitig abgeklärt hat. Welche Kosten fallen an, wo bringt man die Weihnachtsbeleuchtung über den Sommer unter und wie finanzieren wir das. Das Geschenk wurde angenommen und dies sind klar Folgekosten, die daraus erwachsen. Da hätte der Stadtrat früher daran denken sollen, wie man diese Folgekosten dann finanzieren lassen kann, ob man dies über Steuermittel oder Drittmittel machen könnte.

Ernst Böhni, Werkreferent, erklärt, dass der Stadtrat dieses Problem erkannt hat. Ursprünglich wurde angenommen, dass das Bauamt bzw. Werk, dies selber machen kann. Man musste aber feststellen, dass man die, wie ein Spinnennetz gespannten Drahtseile, nur mit Fachpersonal installieren kann z.B. vom EKS. Diese sind dafür speziell ausgerüstet und können das im Einmann-System machen. Würde es das Bauamt

mit der Drehleiter machen, müsste man die Rhigass und die Brücke sperren. Man ist gezwungen die Beleuchtung mit fremder Hilfe aufzuhängen und es wurde ein Gesuch eingereicht, dass die Stadt dafür finanzielle Unterstützung erhält. Bis jetzt ist aber noch keine positive Zusage eingegangen.

Seite 30/31

340 Strandbad und Badeanstalt Espi 301.00 Besoldung Badmeister

Guido Lengwiler, Pro Stein, möchte die Anwesenden nur auf diese Position sensibilisieren, da im Finanzplan gewisse Aktivitäten geplant sind und eine Kommission am Arbeiten ist. Die Besoldung Badmeister beträgt 1 Steuerprozent nämlich Fr. 81'000 der wiederkehrend aufgeführt ist. Er möchte die Anwesenden sensibilisieren, da er der festen Überzeugung ist, es wird noch zu diskutieren geben in diesem Rat früher oder später. Insbesondere wenn ein neues Betriebskonzept im Einwohnerrat oder vor dem Volk zur Abstimmung kommen wird oder man daraus eine Vorlage macht. Es ist irgendwie fast ein Affront gegenüber jenen Leuten, die in Stein am Rhein in den tiefen Lohnsegmenten und 12 Monate angestellt sind gegenüber jenen, die in einer Saison während vielleicht drei Monaten aktiv sind. Wenn er diese Zahl anschaut, dann ist da Handlungsbedarf angesagt. Er hat noch zweimal die Möglichkeit, in der nächsten Rechnung und im nächsten Budget, für diese Zahl zu sensibilisieren und er werde diese Möglichkeiten benutzen.

330 Öffentliche Anlagen und Wanderwege 314.01 Unterhalt der Anlagen

Urs Weibel, SP, erklärt, im Kommentar stehe Aufwand gemäss Vorjahresbudget und es wird ein Unterhaltskonzept angesprochen. Wenn man die Rechnung 2010 anschaut, stellt man fest, dass man eigentlich doch über dem Budget gewesen ist. Er möchte wissen, wie der Stand des Unterhaltskonzeptes ist. Der Stadtrat hat am 17. Februar 2010 einen Kredit gesprochen um ein Unterhaltskonzept zu erarbeiten. Wie ist der aktuelle Stand? Wird das evtl. schon Auswirkungen auf das kommende Rechnungsjahr haben?

Ernst Böhni, Werkreferent, informiert, das Unterhaltskonzept sei noch in Bearbeitung. Das Team ist daran, das alles noch zu verfeinern, den Stundenaufwand noch zu berechnen der einzelnen Arbeiten, die das Werk erledigt, zusammen mit dem Forst. Dann wird angeschaut, ob überhaupt noch alles durch das Werk und den Forst erledigt werden kann oder man gewisse Arbeiten extern vergeben muss. Es muss eine Lösung gesucht werden, wie das bewältigt werden kann gemäss dem Finanzplan. Das Konzept ist noch nicht fertig, aber auf gutem Wege.

Seite 32/33

342 Kleinschifffahrt 314.00 Unterhalt Einrichtungen

Werner Käser, FDP, hat festgestellt, dass die Nachbargemeinde in den Unterhalt der Einrichtungen investieren und Stein am Rhein den umgekehrten Weg geht, der Betrag geht von Fr. 26'000 vom Vorjahr auf Fr. 9'000 zurück. Von den Fr. 9'000 gehen noch 3'500 nach Eschenz, bleiben also noch Fr. 5'500. In der Vergangenheit musste jeweils der Unterhalt des Polizei-Bootes auch noch aus diesem Betrag finanziert werden. Frage an den Stadtrat, ist damit der Unterhalt der Bootsstege und der Anlagen gewährleistet?

René Meile, Sozialreferent, antwortet, dass das seines Wissens nach der reine Unterhalt sei. In den Fr. 26'000 sei auch noch der Kauf des neuen Bootssteges dabei gewesen, der jetzt nachträglich noch ausgeschrieben wurde. Darum sei die Position jetzt wieder auf dem normalen Stand, der sonst auch eingeplant wird.

Werner Käser, FDP, erwidert, das würde ihn überraschen, da in der Rechnung 2010 der Betrag auch schon Fr. 18'000 gewesen sei.

René Meile, Sozialreferent, erklärt, soweit zurück wisse er das nicht. Da müsste man die Details anschauen, aber es müsse auch etwas Ausserordentliches gewesen sein.

Werner Schmid, FDP, wirft ein, es stelle sich grundsätzliche die Frage ob die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben so gross sein müsse. Ob die Gebühren nicht angepasst werden müssten, aber das wäre dann ein Punkt, den die Kommission in Angriff nehmen könnte.

Franz Marty, Einwohnerratspräsident, hält fest, dass nur ein kleiner Teil der Einnahmen aus den Bootsgebühren in Stein am Rhein bleibt, der grösste Teil ca. Fr. 48'000 geht nach Schaffhausen.

Seite 36/37

490 Allgemeines Gesundheitswesen 319.00 Verschiedene Ausgaben

Urs Weibel, SP, hält fest, dass unter dem Kommentar bereits ausgeführt wurde, dass die Fr. 5'000 für Abklärungen mit den Hausärzten betreffend der medizinischen Versorgung der Region reserviert sind, da die Hausärzte in Stein am Rhein mehr oder weniger alle gleichzeitig in Pension gehen. Er möchte wissen, was das Ziel dieser Abklärung ist und ob es schon Resultate gibt.

René Meile, Sozialreferent, erinnert daran, dass das Thema Hausärzte ein riesiges Problem ist und dass in Stein am Rhein alle Hausärzte im ähnlichen Alter sind. Und wenn alles stimmt, was in der Presse geschrieben wird, muss sich Stein am Rhein Gedanken machen, wie sie auch in Zukunft über Hausärzte auf dem Platz verfügen. Die Stadt muss mit den Ärzten zusammensitzen und die Situation genau analysieren, was die Stadt allenfalls machen könnte. In einem ersten Schritt wird die Stadt mit den Hausärzten zusammensitzen. Mehr kann im Moment noch nicht gesagt werden.

Franz Marty, Einwohnerratspräsident, merkt an, dass es sich nicht nur um ein Problem von Stein am Rhein handelt sondern vom ganzen oberen Kantonsteil, da alle Ärzte im selben Alter sind.

Guido Lengwiler, Pro Stein, erklärt, er wollte ursprünglich das Thema unter „Allgemeine Umfrage“ aufgreifen. Aber die Priorität wäre ihm noch wichtig. Er weiss, dass der Stadtrat noch tausende andere Dinge hat, die wichtig sind, aber die medizinische Versorgung in Stein am Rhein ist akut gefährdet und er bittet den Stadtrat, das Thema mit höchster Priorität zu behandeln. Es reicht nicht, wenn der Stadtrat erst übermorgen handelt, sondern das Thema muss jetzt sofort aufgegriffen werden. Er weiss, es handelt sich um ein ganz schwieriges Thema, aber es muss angegangen werden und zwar sofort.

Franz Marty, Einwohnerratspräsident, kann soweit informieren, dass an der Konferenz der Gemeinderäte des oberen Kantonteils dies ebenfalls ein grosses Thema war und man ist zusammen auf dem Weg, dieses Problem anzugehen.

Seite 50/51

620 Strassen 380.00 Einlage in Parkplatzgebühren-Fonds

André Ullmann, Pro Stein, hat eine Bemerkung zur Äufnung des Parkplatz-Fonds. Dieser wird im Finanzplan auch erwähnt und der Stadtrat erläutert, was für eine Absicht er hat. Einzig fehlt der Pro Stein ein wenig der Glaube und zwar aus folgendem Grund: Man sieht den Betrag von Fr. 386'200 der einzig aus dem Bereich Strassenbau übrig bleibt, um entweder den Fonds zu äufnen oder für andere Investitionen einzusetzen. Ursprünglich hat dieser Betrag dazu geführt, dass dieser Fonds immer grösser geworden ist, das hat Begehrlichkeiten geweckt und man hat dann immer mehr andere Sachen mit hineingenommen, sodass der ursprüngliche Zweck des Fonds gar nie zum

Einsatz gekommen ist. Der Zweck war nämlich, dass man irgendwann etwas Grösseres machen kann und damit die Rechnung nicht belastet wird. Und was passiert jetzt. Es werden einfach immer unterjährige Kosten hin und her geschoben innerhalb der Rechnung. Die Pro Stein ist deshalb jetzt der Ansicht, wenn man den Parkplatz-Fonds nicht weiter erhält für ein ganz bestimmtes Projekt, soll man doch bitte auch prüfen, den Parkplatz-Fonds aufzulösen.

Seite 52/53
700 Wasserversorgung 434.00 Wasserzinseinnahmen
André Ullmann, Pro Stein, erklärt, der Stadtrat weise im Kommentar darauf hin, dass er plant, den Wassertarif anzupassen um die nötigen Investitionen, die in nächster Zeit anfallen, vornehmen zu können. Gleichzeitig soll der Abwassertarif gesenkt werden, sodass es für den Bürger nicht zu einer grösseren Belastung kommen sollte. Er erklärt, dass, wenn diese Vorlage in den Einwohnerrat kommt, sie die Planungsrechnung dieser Investition sehen möchten. Das Gleiche gilt und wird auch immer wieder gewünscht für den Wärmeverbund.

Ernst Böhni, Werkreferent, informiert, dass auf Anregung des Zentralverwalters, ein Planer involviert wurde und so koordiniert wird, dass bis ins Jahr 2020 für alle Projekte, die Subvention bringen, diese auch abgeholt werden können. Das ist eine respektable Summe und dadurch gibt es jetzt einen Ordner mit einer Prioritätenliste, die an der letzten kleinen Kreissitzung bearbeitet wurde. Dadurch sind sie auf einem guten Weg. Jetzt geht es noch darum, die Finanzierung zu regeln. Da hat der Zentralverwalter ein Auge darauf, wie lange das Geld ausreicht. Es ist vorgesehen, dass auf Oktober 2012 eine Vorlage kommt zur Wasserzinserhöhung. Es wurden ihm bereits Unterlagen ausgehändigt, was wie und wann gemacht werden kann mit diesem Geld. Das wird im kleinen Kreise für ein erstes Mal besprochen. Ernst Böhni denkt, dass man auf einem guten, ehrlichen Weg ist. Man versucht eine neutrale Wasserrechnung zu machen, damit es für den Verbraucher keine Erhöhung gibt, indem man am einen Ort den Tarif senkt und am anderen eine Erhöhung macht, damit alles, was erneuert werden muss, finanziert werden kann.

Seite 54/55
720 Kehricht- und Sperrgutbeseitigung 314.01 Kompostierplatz
Werner Schmid, FDP, weist darauf hin, dass der Kompostierplatz Kosten von Fr. 60'000 verursacht. Er möchte wissen, ob man bestrebt ist, am System etwas zu ändern, damit vermehrt selbstdeklariert wird oder sonst etwas zu ändern, um mehr Einnahmen zu generieren, damit diese Kosten gesenkt werden können.

Ernst Böhni, Werkreferent, erklärt, dafür sei der Verband zuständig. Die Stadt hat versucht mit den Öffnungszeiten und vermehrten Platzkontrollen, vor allem grössere, externe Lieferungen, also nicht die kleinen privaten Anlieferungen, etwas genauer anzuschauen. Zuständig ist wie erwähnt der Verband, aber in der internen Entsorgungskommission wird auch über dieses Thema gesprochen. Man hat auch über die Kostensenkung bei den Grünmulden gesprochen und man wird wohl den Transport wieder einmal neu ausschreiben, da dieser Fr. 70 pro Mulde kostet und man vielleicht ein günstigeres Angebot erhalten kann. Das Gleiche gilt für das Holzhacken, das jetzt auch günstiger ist, da die Konkurrenz entsprechend ist. Man ist bestrebt z.B. eine Abfalltrennung zu machen und Schwachholz zu separieren, aber bis jetzt ist das noch nicht gelungen, da es so einen Wirrwarr gibt, um das wieder auseinanderzunehmen, dass es sich bis jetzt noch nicht gelohnt hat. Oft wird das Holz bereits durch die Gärtner selber separiert und dann gleich selbst verwertet, was natürlich auch sehr positiv ist. Man hat einen Abnehmer für die gelieferten Abfälle durch den Entsorgungsverband. Dessen

Vertrag wurde zwar gekündigt, läuft aber jetzt auf Zusehen hin weiter. Man ist bestrebt, den hohen Betrag von Fr. 60'000 zu senken.

740 Friedhof und Bestattungen 365.00 Beitrag an den Unterhalt des Friedhofes Burg
Werner Käser, FDP, weist darauf hin, dass es im Kommentar „reformierte Kirchgemeinde Burg“ und nicht Buch heissen muss.

Seite 56/57
790 Planung 318.00 Generelle Planungen, Ortsplanungen
Georg Berner, parteilos, erklärt, dass die Arbeitsgemeinschaft Pro Stein die unter dieser Position budgetierten Fr. 1'500 als wesentlich zu tief erachtet. Es wurde bei den Vorrednern bereits erwähnt und die GPK hat vehement darauf hingewiesen, dass bei den Projekten professionelle Unterstützung beigezogen wird. Man erlebt das jetzt zum ersten Mal, gegen riesigen Widerstand, bei der HOGA-Halle und macht sehr gute Erfahrungen mit diesem Vorgehen.

Er macht den Antrag, dass dieser Betrag von Fr. 1'500 auf Fr. 80'000 erhöht wird, damit man nun wirklich die entsprechenden Fachleute beiziehen kann, damit in der Planung das externe Knowhow geholt wird.

Beat Hug, Baureferent, erklärt, es freue ihn, dass man dem Stadtrat zusätzliches Geld für die Planung geben möchte, der Stadtrat habe aber dazu eine andere Einstellung. Sie sind im Moment sehr viel am Planen, sie haben Sachen, die sie jetzt durchziehen möchten. Bei neuen Planungen wird es ein Kreditbegehren geben und eine externe Begleitung wird darin ausgewiesen sein. Es sei nicht geplant, die Planungskosten zu erhöhen, da jetzt plötzlich mehr Geld vorhanden sei, sondern im konkreten Projekt, wie z.B. der Sporthalle, sei das ja dann in den Kredit hineingeflossen. Im Moment könnten sie nicht sehen, wo sie dieses Geld einsetzen möchten, darum haben sie auch nicht mehr im Budget eingesetzt.

Georg Berner, parteilos, möchte darauf hinweisen, dass es beim Projekt HOGA nicht so ist, dass der Baubegleiter während der ganzen Bauzeit sichergestellt ist. Es sei eine vehemente Geschichte gewesen. Es ist einfach nicht so, dass die Mitarbeit von Herrn Kockelkorn während des ganzen Projektes sauber gewährleistet ist. Deshalb kommt dieser Antrag.

Beat Hug, Baureferent, erklärt, das sei richtig, aber der Stadtrat sei in dieser Sache sehr engagiert. Wenn der Stadtrat eine Planung aufnehmen wolle, müsse er ja einen Kredit des Einwohnerrates haben, also schon bevor überhaupt mit etwas angefangen wird und darin können die Kosten für eine Begleitung bereits einfliessen. Es nützt nichts, wenn er jetzt Geld zugesprochen erhält, wenn er gar keine Projekte hat, um dieses einzusetzen.

Arthur Cantieni, SP, wirft ein, er würde diese Schleuse jetzt nicht einfach so öffnen. Seine Erfahrung zeige, dass in den Kommissionen unheimlich viel Geld für die Planung ausgegeben werde und er frage sich immer, ob dieses Geld wirklich so unheimlich gut angelegt ist. Er würde da jetzt Schritt für Schritt vorgehen und nicht einfach einen Globalkredit sprechen.

André Ullmann, Pro Stein, möchte noch etwas präzisieren und eine Brücke zu seinem Eintretensvotum schlagen. Es geht beim erwähnten Betrag nicht um die Weiterführung der Unterstützung bei der HOGA-Halle, sondern es geht konkret darum, dass man auch bei anderen Projekten, wie z.B. dem Tiefbau-Projekt plus Alterswohnungen, so eine Projektbegleitung miteinbeziehen kann. Planung ist etwas eine Miss-Schätzung für das, was der Planer macht. Natürlich ist dieser bei der Planung involviert, damit er nachher

eine Projektbegleitung machen kann mit Führungsunterstützung, Projekt-Controlling und dadurch soll es, was das zeitliche und finanzielle betrifft, zu Einsparungen kommen. Das ist eigentlich das Ziel. Er gibt Arthur Cantieni Recht, bei ihnen hat der Planer einen etwas schlechten Ruf bekommen, weil man viel geplant hat und schlussendlich doch nichts Rechtes in der Hand hatte. Hier geht es aber wirklich darum, dem Verantwortlichen des Stadtrates, der kein Profi in diesem Bereich ist, zur Seite zu stehen und ihn zu begleiten.

Urs Weibel, SP, weist darauf hin, dass André Ullmann erwähnt hat, ihre drei Prioritäten seien HOGA-Halle, Alterswohnungen und Wasser. Bei der HOGA-Halle ist alles so weit aufgegleist, die Unstimmigkeiten sind vielleicht noch innerhalb der Kommission oder bilateral zu klären. Bei der HOGA-Halle wurde der Kredit gesprochen für einen externen Planer und es wird erwartet, dass man bis zum Juni des nächsten Jahres substantiell einen Schritt weiter ist, da ja externe Planer bereits daran sind und es der richtige Zeitpunkt ist, dort Nägel mit Köpfen zu machen. Betreffend Wasserversorgung sind unter Punkt 700 318.00 Fr. 20'000 für Planungs- bzw. Projektierungskosten eingerechnet. Wenn man jetzt diese drei Hauptprioritäten nimmt, ist man da doch schon einen schönen Schritt weiter in der Planung und hat die richtigen Massnahmen ergriffen.

André Ullmann, Pro Stein, erklärt, für ihn sei vor allem die Aussage von Beat Hug relevant. Dass in Zukunft, wenn es ein Projekt gibt, die Projektbegleitung in der Planung bereits vorgesehen wird. Damit sei das Thema für die Pro Stein eigentlich erledigt und so könne man, mit Einverständnis von Georg Berner, den Antrag eigentlich zurückziehen.

Georg Berner, parteilos, erklärt, wenn das alles so sei, wie von Beat Hug ausgeführt, im Zusammenhang mit Herrn Kockelkorn seien sie aber anderer Meinung, dann sei er bereit, den Antrag zurückzuziehen. Aber es sei klar, dass man in Zukunft nur noch mit dieser externen Unterstützung arbeite.

<u>Seite 62/63</u>
860 Wärmeverbund 435.00 Verkauf Energie
Georg Berner, parteilos, möchte wissen, wie viele Liegenschaften angeschlossen sind bzw. existiert ein Konzept, dass die Rechnung, die im Moment noch negativ ist, mit dem Anschluss weiterer Liegenschaften ins Positive kehrt, dass die Schnitzelheizung auch wirklich ausgelastet ist und genutzt wird von den Einwohnern?

Beat Hug, Baureferent, erklärt, dass man selbstverständlich einen Finanzplan für den Wärmeverband erstellt hat. Der Finanzplan sieht eine ausgeglichene Rechnung schon für das nächste Jahr vor. Das hängt natürlich auch etwas davon ab, wie kalt oder warm es ist. Die Strategie des Wärmeverbunds ist momentan wie folgt: Die Auslastung konnte sehr stark verbessert werden, da eine grössere neue Anlage gebaut worden ist und Neu-Kunden gewonnen werden konnten. Es kann viel mehr Wärme verkauft werden als früher und das will man jetzt auch noch verdichten. Der Wärmeverbund sieht in der Bärengass noch ein gewisses Potential, aber man kann mit der Leitung nicht mehr überall hin, denn irgendwann ist das ausgeschöpft. Auch kostenmässig möchte man nicht mehr allzu viel investieren, sondern dort, wo die Leitungen schon sind, möchte man die Leute überzeugen, Kunden des Wärmeverbundes zu werden.

<u>Seite 64/65</u>
Wie bereits angekündigt, möchte sich **Claudia Eimer, parteilos**, zum Steuerfuss äussern, genauer gesagt zur Steuerfuss-Senkung von 1%. Sie erinnert daran, dass seit 2003 der Steuerfuss kontinuierlich von 110% auf 96% gesenkt worden ist. Der Voranschlag 2012 sieht eine erneute Senkung des Gemeindesteuerfusses um 1% vor. Der

Stadtrat möchte damit ein politisches Zeichen setzen für eine nachhaltige und verlässliche Steuerpolitik. So weit so gut.

Die 1% Steuerreduktion bedeuten ca. Fr. 80'000 weniger Steuereinnahmen. Könnten die Fr. 80'000 nicht sinnvoll anderweitig investiert werden?

Beim Lesen des Finanzplanes wird man geradezu darauf hingewiesen: Das ist in etwa die Summe, die es braucht, um an den Steiner Schulen die Schulsozialarbeit einzuführen. Die Stelle kann aus finanziellen Gründen das nächste Jahr noch nicht realisiert werden. Wäre es darum nicht sinnvoll, mit dem 1% Steuergeld eine 50%-Stelle für einen Schulsozialarbeiter zu finanzieren?

Für alle ist es unbestritten, dass Schulsozialarbeit wichtig ist. Vor allem kommt sie den sogenannt normalen, unauffälligen Schülerinnen und Schülern zugute. Gehen sie einmal auf Schulbesuch in Stein am Rhein und sie werden erkennen, dass es die gut funktionierenden Schüler/-innen sind, die zu kurz kommen in Sachen Aufmerksamkeit, Konzentration, Anleitung, Erklärungen etc. Das liegt nicht an den Lehrpersonen, das liegt an der Zusammensetzung der Klassen mit mehr auffälligen Schüler/-innen als noch vor 10 Jahren. Wir alle sind schon weit weg vom Schulalltag. Diejenigen von uns, welche ihre Kinder noch in unserer Schule haben, und ich spreche hier nicht von denjenigen, welche ihre Kinder in eine auswärtige Schule schicken, werden wissen, wovon ich spreche. Wir brauchen die Schulsozialarbeitsstelle jetzt.

Klar nimmt die Schule jetzt schon 41% des Nettogesamtaufwandes in Anspruch. Doch die Bildung ist unsere Ressource, das ist unser Gold, das ist unsere Zukunft. Wir haben keine Bodenschätze, aber wir haben unsere Schatztruhe, unsere Schulen.

Der Kanton Schaffhausen wird nächstes Jahr über die Mitfinanzierung der Schulleiter entscheiden. **Franz Marty, Einwohnerratspräsident**, wirft ein, das passiere bereits nächste Woche**. Claudia Eimer** fährt fort, dass dann die Schule entlastet wird und die Schulsozialstelle selber finanziert werden kann. Es geht hier also vor allem darum, ein Zeichen zu setzen und zu sagen, wir finanzieren diese Schulsozialarbeiter-Stelle für den Anfang für ein Jahr, bis der Kanton dann quasi über die Gelder für die Schulleiter einspringt, um die Stelle zu finanzieren.

Wie schon Arthur Cantieni vorgerechnet hat, macht sich für den einzelnen Steuerzahler und -zahlerin die Reduktion von 1% kaum bemerkbar, es ist höchstens ein Geschenk für die grossen Steuerzahler. Und noch etwas zur Attraktivität von Stein am Rhein, die man im Zusammenhang mit dem Steuerfuss auch immer wieder ins Spiel bringt: Sie sei überzeugt, dass die Stimmbürger/-innen verstehen, dass in der heutigen wirtschaftlichen und politischen Situation der Steuerfuss nicht gesenkt werden kann. Ausserdem ist sie überzeugt, dass die Attraktivität des Wohnortes Stein am Rhein nicht abnimmt, wenn der Steuerfuss bei 96% bleibt. Es geht vielmehr um das Angebot und die Qualität der Schule, der KITA, des Mittagstisches etc. Da gehört die Schulsozialarbeit mit dazu.

Der Stadtrat hat bewiesen, dass er die Finanzen im Griff hat und die Stadt steht finanziell gut da. Wenn die Fr. 80'000 sinnvoll in unsere Zukunft, sprich Schule und Gemeinschaft investiert werden, setzen wir auch ein Zeichen: Dass uns unsere Kinder etwas wert sind und wir bereit sind, in deren Bildung zu investieren.

Sie bittet die Kolleginnen und Kollegen der Reduktion des Steuerfusses nicht zuzustimmen und dieses 1% für die Einführung der Schulsozialarbeit zu investieren.

Claudia Eimer, parteilos, stellt den Antrag, dass auf eine 1%ige Reduktion des Steuerfusses auf 95% verzichtet wird. Die damit eingesparte Summe von ca. Fr. 80'000 wird für die Schulsozialarbeit verwendet.

Franz Marty, Einwohnerratspräsident, erklärt, das wäre dann wohl ein Rückkommen auf die Position Bildung. Er fasst zusammen, dass der Steuerfuss nicht gesenkt werden soll und die Fr. 80'000 für die Schulsozialarbeit eingesetzt werden sollen.

Heidi Schilling, Finanzreferentin, möchte sich gerne zum Antrag von Claudia Eimer äussern. Der Stadtrat hat die Absicht, die Schulsozialarbeit zu Lasten der Bildungskosten einzuführen. Sie hoffen natürlich, dass der Kanton grünes Licht gibt und die Schulleiter im Kanton legalisiert werden und auch gesetzlich verankert. Der dann nicht mehr belastete Betrag könnte anschliessend für die Schulsozialarbeit eingesetzt werden. So wurde das diskutiert und so sieht die Absicht im Stadtrat aus.

Zum Steuerfuss allgemein gilt es zu bemerken, dass der Stadtrat der Meinung ist, das sei momentan verkraftbar. Klar handelt es sich dabei um Fr. 80'000, die auch anderweitig eingesetzt werden könnten. Aber deshalb habe sie eingangs ja auch erwähnt, dass es in Zukunft schwierig sein dürfte, noch weitere Steuerfusssenkung zu machen. Wenn es bei Dienstleistungen dann beginnt weh zu tun, dann kann eine Steuerfusssenkung nicht mehr verantwortet werden. Aber im Moment ist der Stadtrat der Meinung, dass es finanziell verkraftbar ist. Sobald die finanzielle Entlastung der Schulleitung kommt, wird der Stadtrat sofort grünes Licht geben für die Schulsozialarbeit.

Claudia Eimer, parteilos, ist überzeugt davon, dass in der heutigen Situation, politisch und wirtschaftlich, alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verstehen würden, wenn man den Steuerfuss nicht senken würde. Wenn man sagt, man bleibt bei diesen 96%, weil es im Prinzip sehr wenig ist, wie ausgerechnet wurde, aber auf der anderen Seite die Fr. 80'000 eine Möglichkeit wären, dass die Schule durch die Bevölkerung schon bereits ein Jahr, vielleicht auch 2 Jahre, früher entlastet würde.

Guido Lengwiler, Pro Stein, erklärt, dass er etwas Mühe mit der Vermischung habe. Das müsse man nicht machen. Der Antrag von Arthur Cantieni stehe ja noch an, dass man den Steuerfuss nicht senken soll. Und man kann doch nicht schon darüber bestimmen, für was genau das Geld verwendet werden soll. Es gibt noch viele andere Ideen, was man mit diesen Fr. 80'000 machen könnte. Die Schulsozialarbeit ist gut und er ist der festen Überzeugung, dass das kommen wird, aber er glaubt nicht, dass man das aneinanderknüpfen sollte, dass jeder, der dieser Steuersenkung doch zustimmt, anschliessend ein Schulgegner oder gegen die Sozialarbeit ist. Das darf es nicht sein. Man könnte ja zum Beispiel den Badmeister streichen, dann würde nochmals Geld frei. Man sollte das separat betrachten. Wenn Claudia Eimer möchte, dass sofort ein Schulsozialarbeiter angestellt wird, dann muss ein Antrag für das gestellt werden und wenn Arthur Cantieni den Steuerfuss weiterhin 1% weiter oben haben möchte, dann muss man das separat diskutieren. Aber Guido Lengwiler möchte jetzt nicht, dass man wegen dieses Prozents ein Gegner oder ein Befürworter der Schule wird. Damit hat er etwas Mühe.

<u>Rückkommen</u>
<u>Seite 26</u>
<u>Antrag</u>
Claudia Eimer, parteilos, schlägt vor und stellt den Antrag zwischen 220 „Sonderschulung“ und 293 „Beitrag freiwilliger Unterricht Erwachsenenbildung“ einen neuen Budgetposten Schulsozialarbeit 2012/2013 von Fr. 80'000 zu erstellen.

Franz Marty, Einwohnerratspräsident, wirft ein, wo man diesen Posten dann genau einreihe, überlasse man dann wohl der Finanzverwaltung. Der Antrag sei, dass man unter der Position Bildung Fr. 80'000 neu einsetzt für die Schulsozialarbeit.

Die Diskussion über den Antrag von Claudia Eimer, Fr. 80'000 für die Schulsozialarbeit ins Budget aufzunehmen, wird eröffnet.

André Ullmann, Pro Stein, glaubt, dass es zwar der richtige Antrag ist, aber der falsche Zeitpunkt. Er weiss, das hat man schon einige Male gesagt. Aber in diesem Fall hat die Schulreferentin, die zugleich auch Finanzreferentin ist, die meisten Argumente schon vorweg genommen. Die Schulbehörde hat sich schon länger mit diesem Thema befasst und es wurde ja ansatzweise schon einmal diskutiert, als es um die Stelle der Jungendarbeit gegangen ist. Er fühlt sich jetzt einfach unwohl, zu einem ähnlichen Schulversuch ja zu sagen wie man ihn auch schon gehabt hat, ohne dass man eingehend von der Schulbehörde gehört hat, wie man sich das ganze vorstellt, wie die Zusammenarbeit mit der Jugendarbeitsstelle funktionieren soll. Deshalb möchte er beliebt machen, dass man analog des Finanzplans vorgeht und jetzt nicht vorprescht und dann auf dieser Basis den Betrag sprechen wird.

Werner Schmid, FDP, findet es auch ungünstig, jetzt in dieser Situation zusammenhängend mit dem Steuerfuss die Fr. 80'000 zu sprechen. Das müsste man sauber klären können, es müsste eine Vorlage vorhanden sein, die im Einwohnerrat verhandelt werden kann. Die Stelle der Schulsozialarbeit ist sehr interessant und im Prinzip unbestritten, aber der Zeitpunkt ist nicht der richtige.

Ursula Knecht, FDP, weiss als Schulleiterin wie wichtig die Schulsozialarbeit ist und sie wäre die erste, die sagen würde ja jetzt machen. Aber sie sieht einfach was es braucht, um diese Zusammenarbeit festzulegen und zu klären, ein gutes Konzept aufzustellen. Von daher ist auch sie der Meinung, dass es nicht der richtige Zeitpunkt ist und es Zeit braucht. Es wird diese Stelle brauchen und diese wird einige Sachen abfangen können, aber sie möchte das auch nicht verknüpfen, das sei ihr ganz wichtig. Sie möchte wirklich die Schulsozialarbeit beliebt machen, es ist etwas Wichtiges und man soll sich einsetzen, die Stelle auf 2013 einzusetzen. Aber es braucht ein gutes Konzept, gute Abklärungen, wie funktioniert es und nicht ein Schnellschuss, damit ist niemandem gedient.

Franz Marty, Einwohnerratspräsident, **wirft ein**, wenn er das richtig verstanden habe, seien diese Fr. 80'000 eine 50%-Stelle, nur damit man da die Relationen habe.

Urs Weibel, SP, möchte jetzt eigentlich doch noch schnell vorweggreifen auf das, was im Finanzplan steht, zu den Aussagen, die gefallen sind betreffend Konzepterarbeitung und Schnellschuss. Auf Seite 12, 221 Schulsozialarbeitsstelle, steht im Finanzplan: “Die Schulbehörde beantragte die Schaffung einer Schulsozialarbeitsstelle mit einem Pensum von 50% auf Beginn des Schuljahres 2012/2013, da sich Lehrpersonen, Schulleitung und Schulbehörden zunehmend mit Problemen von ausserhalb der Schule konfrontiert sehen. Die Einführung dieser neuen Aufgabe musste zurückgestellt werden, da eine ausreichende Finanzierung dieser Stelle zum heutigen Zeitpunkt nicht gewährleistet ist.“ Urs Weibel denkt, dass die Vorarbeiten auf dem Tisch sind, die Schulbehörde hat auch ganz klar beantragt, dass man das bereits im nächsten Kalenderjahr einführt. Die Argumente, die jetzt vorgetragen wurden, überzeugen ihn deshalb nicht. Von Seiten der SP-Fraktion sind sie bereit, die nicht ausreichende Finanzierung zu decken, indem sie nicht mit dem Steuerfuss ein weiteres Prozent herunter gehen wollen. Die finanzielle Basis könnte damit gesichert werden.

<u>Antrag Claudia Eimer</u>
Unter dem Bereich Bildung wird eine neue Position eingefügt betreffend Schulsozialarbeit mit dem Betrag von Fr. 80'000.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen gegenüber 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ruedi Vetterli, parteilos, möchte noch kurz zur Bemerkung von Guido Lengwiler, Sensibilisierung betreffend Gehälter Badmeister, Stellung nehmen. Es sind in diesem Gremium auch schon Bemerkungen über diese Badmeister-Stelle gefallen, die dann unbeantwortet geblieben sind, aber er möchte es dieses Mal nicht versäumen, die Mitglieder auch auf die andere Seite zu sensibilisieren. Er wohnt in der Nähe des Strandbads und ist häufiger Besucher bei schönem und auch bei weniger schönem Wetter, manchmal auch wenn es regnet und der Badmeister trotzdem dort ist. Er sieht, was der Badmeister und seine Helfer alles erledigen; Abfall sammeln, Schlägereien zwischen Jugendlichen schlichten, Wegweisen von Betrunkenen bis hin zu sicherheitsrelevanten Dienstleistungen. Und deshalb erachtet er diesen Betrag als sehr sinnvoll und auch angemessen. Zudem geht die Saison auch deutlich länger als 3 Monate und es hat auch noch Vor- und Nachbereitungszeit, die auch noch dazu kommt. Er möchte einfach darauf sensibilisieren, dass das auch kostet und es das auch wert ist.

Beat Hug, Baureferent, hat noch eine Bemerkung zur Besoldung der Badmeister. Man muss berücksichtigen, dass da auch das Espi beinhaltet ist und alle Aushilfen.

Claudia Eimer, parteilos, möchte noch eine kurze Rückmeldung zu der Abstimmung geben. Sie findet es schade, dass man die Fr. 80'000 nicht finanziert, wenn man daran denkt, was man jetzt dann noch ausgeben wird für Wasser, Wasserleitungen usw. und bei dem, das wirklich unsere Zukunft ist - die Bildung - da zögert man, diesen Betrag zu sprechen.

Heidi Schilling, Finanzreferentin, möchte nochmals auch in Namen der Schulbehörde darauf hinweisen, dass der Antrag eingereicht worden ist, diese Arbeit ist gemacht. Aber es braucht noch eine ausgiebige Vorlage, das braucht nochmals viel Zeit und anschliessend geht es dann darum, dass man diese Stelle ausschreibt und jemanden findet. Ihres Wissens sind die Schulsozialarbeiter sehr rar und nicht sofort zu finden, das ist dann noch eine längere Geschichte. Ohnehin braucht es einen rechten Vorlauf bis es dann soweit ist und man ist bereit, die Stelle auf 2013 einzuführen. Sie möchte nicht den Eindruck erwecken, dass man die Stelle jetzt noch nicht braucht, aber auf 2013 wird alles daran gesetzt, dass dann die Schulsozialarbeit eingeführt werden kann.

André Ullmann, Pro Stein, weist darauf hin, dass Claudia Eimer einen sehr passenden Vergleich gebracht hat. Sie sprächen auch Kredite für Wasserprojekte, aber nicht blind. Dort wolle man sehen, was schlussendlich gebaut wird. Da gehe es genau um das Gleiche. In der Jugendarbeit ist die Abgrenzung zur Schulsozialarbeit nicht abgegrenzt, oder nur ansatzweise. Das braucht ein gesamtheitliches Konzept vom Stadtrat, bei dem verschiedene Referate beteiligt sind und es gab selbst bei der Schulbehörde Diskussion, wie die Abgrenzung aussehen soll. Darüber wurde auch schon diskutiert, als es um die Verlängerung der Jugendarbeitsstelle gegangen ist. Es geht effektiv darum, dass sie nicht blind Geld zusagen wollen. Grundsätzlich sind sie positiv eingestellt, aber sie wollen wissen, dass das Konzept funktioniert.

Ursula Knecht, FDP, geht es um etwas, was Guido Lengwiler angesprochen hat. Wenn man so eine Abstimmung macht, kriegt man plötzlich einen Stempel aufgedrückt. Die FDP hat ganz klar gesagt, es ist etwas Wichtiges, aber man muss es dann machen, wenn alles dafür bereit ist und wenn diese Absprachen gemacht sind. Das heisst nicht, dass man dagegen ist, das haben sie klar formuliert. Es ist etwas ganz Wichtiges und man wird 2013 dafür bereit sein.

Beat Hug, Baureferent, möchte sich noch zur Randbemerkung und dem Vergleich mit dem Wasser äussern. Die Infrastrukturprojekte Wasser und Abwasser sind anders finanziert, sie werden über Gebühren finanziert und betreffen die laufende Rechnung nicht. Da werden grosse Anstrengungen und Überlegungen gemacht. Die Strassen müssen selber finanziert werden und da wird immer überlegt, ist das wirklich nötig um die laufende Rechnung nicht unnötig zu belasten.

Franz Marty, Einwohnerratspräsident, bemerkt, dass er sich bis jetzt vornehm zurückgehalten hat, was das Thema Bildung betrifft, aber der Gipfel sei jetzt erreicht. Man könnte jetzt ja aktuell die 1., 4. und 5. Klasse einklassig führen, könnte eine ganze Stelle einsparen und könnte den Schulsozialarbeiter kostenneutral einführen. Man könnte fast 2 Stellen einsparen. Die Zahlen sind vom 29. November 2011. Er beschafft sich diese immer, er ist übrigens der Einzige im ganzen Raum, der diese Zahlen hat. Der Stadtrat beschliesst die Pensen der Schule aufgrund der Gesamtzahl Unterstufen-Schüler, aufgrund der Gesamtzahl Mittelstufenschüler, das ist auch beim Erziehungsdepartement so, das ED brauchte dann 10 Tage um ihm das mitzuteilen. Das war nicht ganz so einfach, da die Zahlen von verschiedenen Vereinbarungen und Reglementen zusammengezogen werden müssen. Das ED hat ihm dann die Zahlen gegeben und das würde problemlos funktionieren. Man müsste die Mehrklassigkeit wirklich ernsthaft hinterfragen, nicht auch zuletzt im Zusammenhang mit dem Schulsozialarbeiter. Auch weil wir die Mehrklassigkeit ja führen, da unsere Schüler gemäss verschiedenen Evaluationen sozialkompetenter sind als andere. Da muss er sich dann fragen, wieso Stein am Rhein einen Schulsozialarbeiter braucht.

Heidi Schilling, Schulreferentin, möchte zu den vorherigen Aussagen noch eine Bemerkung machen. Die Schulbehörden und Schulleitungen machen diesen Vergleich, aber sie haben immer Grenzwerte von der Klassengrösse her und es bräuchte genau gleich viele Lehrkräfte auch ohne Mehrklassigkeit. So wie Franz Marty das gesagt hat, ist es einfach nicht richtig. Unter dem Strich würde es genau gleich viel kosten. Sie machen sich ja auch immer Gedanken vom System her, aber sie haben Klassengrössen, bei denen man nicht einfach sagen kann, jetzt machen wir plötzlich nur noch 2 Klassen aufs nächste Jahr hin. Die Klassengrössen bzw. Jahrgangsgrössen sind sehr, sehr unterschiedlich. In einem Jahrgang sind es vielleicht 25, in einem anderen 35 und das macht die Planung ja so schwierig. **Franz Marty**, erklärt in der Unterstufe seien es 15-16 Schüler pro Klasse, Vorgabe wäre selbst bei Integrativ 20. **Heidi Schilling** wirft ein 18 Schüler. Ganz abgesehen davon hält sie fest, dass die Einschulungsklasse integriert sei und wenn man diese herauslöse, gäbe es auch wieder eine Klasse mehr.

Arthur Cantieni, SP, weist darauf hin, dass das Thema eigentlich Seite 101 des Voranschlags 2012 sei.

Beschluss:

Dem Voranschlag laufende Rechnung und Investitionsrechnung 2012 wird mit 13 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Arthur Cantieni, SP, möchte eine ganz milde Rüge an den Präsidenten richten, der ja heute seine letzte Sitzung leitet. Er sollte sich eigentlich nicht in Diskussionen verwickeln lassen. Dann möchte er auf seinen Antrag zurückkommen, den er bereits eingangs begründet hat. Er findet es einfach sehr ungerecht. Es geht um Gerechtigkeit, dass man auf der einen Seite, es betrifft immerhin rund 30% der Bevölkerung, namhafte Beträge wegnimmt und auf der anderen Seite verteilt man quasi an den gleichen Teil der Bevölkerung Almosen. Das stört ihn langsam unglaublich.

Antrag
Arthur Cantieni, SP, stellt den Antrag, den Steuerfuss auf 96% zu belassen.

Rolf Oster, SP, erklärt, er könne dem Antrag von Arthur Cantieni zustimmen. Er finde es grundsätzlich komisch, wenn man sieht, dass die Umverteilung grundsätzlich nach oben passiert. Er ist der Meinung, man sollte den Steuerfuss grundsätzlich auf 96% belassen, weil man es erstens verkraften kann und zweitens hat man Möglichkeiten, um Investitionen zu tätigen, die man machen sollte und solche, die die Zukunft betreffen. Er findet Fr. 25 zu reduzieren bei einem mittleren Einkommen, das wird gar nicht bemerkt, das sei vielleicht interessanter bei einem wie ihm, der das eher merke, aber auch dann seien es nur Fr. 150. Das findet er einfach tragisch. Wenn man diese Thematik betrachtet, findet er es einfach penibel, so zu argumentieren und deshalb unterstützt er den Antrag.

Werner Schmid, FDP, verweist darauf, dass man nicht beginnen sollte, kantonal- und gemeindepolitische Entscheide miteinander zu vermischen. Er ist auch der Meinung, was der Kantonsrat entschieden hat, ist falsch, man hätte die Prämienverbilligung nicht senken dürfen. Aber es ist Sache des Kantons oder der Bevölkerung, das zu korrigieren. Hier geht es aber um die Gemeinderechnung, das darf man nicht miteinander vermischen. Da gäbe es noch viele weitere Punkte, die man beginnen könnte miteinander zu verrechnen, da würde man gar nie mehr fertig.

Beschluss:

Aufgrund des kantonalen Steuergesetzes ist für das Jahr 2012 eine Gemeindesteuer von 95 Prozent zu erheben. Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen angenommen.

Mitteilung an:
Kanton Schaffhausen, Amt für Justiz und Gemeinden, Mühletalstrasse 105, 8200 Schaffhausen (2 x)
Markus Oderbolz, Präsident GPK, Hemishoferstrasse 68, 8260 Stein am Rhein
Finanzreferentin
Zentralverwaltung
Ablage

FINANZEN, Stadtkasse, Finanzplan 02.25.020

3. Finanzplan 2012 – 2016, Kenntnisnahme

Heidi Schilling, Finanzreferentin, berichtet, dass der Stadtrat es sich mit der Erarbeitung des Finanzplans nicht einfach gemacht hat. Sie wollten einerseits ein Papier, welches ihnen einen verlässlichen Rahmen gibt und welche finanziellen Möglichkeiten sie in den nächsten Jahren haben. Der Finanzplan hilft als Steuerungsmittel für die finanzielle Führung der Stadt. Der Stadtrat kann vorausschauend planen und aktiv steuern. Wenn die finanziellen Vorgaben festgelegt sind, kann die Verwaltung mit diesen Zahlen arbeiten.

Ca. 30 Projekte sind angedacht oder sind bereits aufgegleist. Wir sind gar nicht in der Lage, ein solch grosses Volumen zu bewältigen. Es gilt Prioritäten zu setzen, weniger dringende Projekte werden hinausgeschoben bis dass die Finanzierung geklärt ist. Der

Investitionsplan enthält Zukunftsprojekte. Sollte sich die Finanzierung klären, kann ein solches Projekt nach vorne rücken und realisiert werden.

Der Stadtrat hat sich bei der Erarbeitung des Finanzplans mit folgenden Fragen auseinandergesetzt:
- Wie haben sich die Ausgaben und Einnahmen entwickelt in den letzten Jahren?
- Welches ist der Grund für diese Entwicklung?
- Sind Massnahmen notwendig um die Entwicklung zu beeinflussen?
- Wie können wir die Kosten stabilisieren?
- Müssen die Aufgaben angepasst werden?

Die wesentlichsten Entwicklungen sieht der Stadtrat in der Reorganisation der Verwaltung hin zu einem modernen Betrieb. Das heisst, dass gewisse Aufgaben neu verteilt werden müssen. Die anstehenden Pensionierungen bieten die Chance für eine personelle Neu-Beurteilung. All diese Veränderungen erfordern vom Stadtrat einen Grundsatzentscheid. Das operative Geschäft und die strategischen Aufgaben sollen künftig klar getrennt sein. Der Rücktritt von Stadtpräsident Franz Hostettmann hat zur Folge, dass Reformen nun zügig an die Hand genommen werden müssen. Zu einem modernen Verwaltungsbetrieb gehört auch eine zeitgemässe Infrastruktur. Die Sanierung des Rathauses soll schrittweise in Angriff genommen werden. Der Betrieb soll mit einem zentralen Kundenschalter kundenfreundlicher werden.

Bei der allgemeinen Verwaltung sieht der Finanzplan beim Tiefbau sowie beim Hochbau organisatorische Veränderungen vor. Stellen sollen neu definiert werden damit effizienter gearbeitet werden kann. Auch die öffentliche Sicherheit hat Reformierungsbedarf. Gebühren sollen überprüft werden mit dem Ziel, dass unter dem Strich keine Mehrbelastungen entstehen. Die Schule wird sich voraussichtlich vergrössern, es sind laufend Neuzuzüge von Familien zu verzeichnen.

In Ergänzung zum Finanzplan hat der Stadtrat einen Massnahmenplan mit genauen Zielvorgaben erarbeitet. Dieser Massnahmenplan gibt dem Stadtrat die Daten vor, bis wann Bericht und Antrag eingereicht werden müssen. Ziel dieses Finanzplans ist es, dass er als Führungsinstrument für den Stadtrat und als Richtlinie für die Verwaltung gelebt wird mit dem Auftrag, den gesunden Finanzhaushalt unserer Gemeinde zu erhalten. Der vorliegende Finanzplan bildet auch eine Grundlage für die anstehenden Leitbild Diskussionen.

Dank der grosszügigen Beiträge der Windler-Stiftung erhöht sich der finanzielle Spielraum der Stadt. Der Stadtrat dankt auch an dieser Stelle dem Stiftungsrat für die Unterstützung. Ebenfalls danken möchte Heidi Schilling dem Zentralverwalter für die seriöse Erarbeitung der Grundlagen für den Finanzplan.

Der Stadtrat legt den Finanzplan dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme vor.

<u>Eintretensdebatte</u>

André Ullmann, Pro Stein, ist beim Voranschlag schon auf den Finanzplan eingegangen. Sie erachten diesen als Arbeitsmittel für den Stadtrat aber auch für den Einwohnerrat. Ein Voranschlag ist immer in Verbindung mit dem Finanzplan zu betrachten, denn man muss voraus schauen. Und ein solch voraus schauendes Handeln ermöglicht eben ein Finanzplan. Er hat die Einschätzung des Finanzplans bereits Kund getan und an dieser Stelle nochmals Respekt an alle, die beim Finanzplan mitgewirkt haben. Das ist ein sehr gutes Werk.

Urs Weibel, SP, erklärt "gouverner c'est prévoir" und dankt dem Stadtrat, denn der Finanzplan hat Substanz. Das Warten hat sich gelohnt, er beinhaltet viele substanzielle

Überlegungen zur Entwicklung von Stein am Rhein, insbesondere der Verwaltung. Das ist ein echtes Führungsinstrument, wenn danach gelebt wird sowohl in der laufenden Rechnung wie bei den Investitionen. Das gilt nicht nur für den Stadtrat sondern auch für den Einwohnerrat; wenn wir den im Finanzplan vorgesehenen Kurs fahren, wird Stein am Rhein attraktiv bleiben, sich weiter entwickeln bei gesunden Finanzen zum Wohle der Steinerinnen und Steiner, aber auch der Besucher.

Strukturelle Probleme sind analysiert worden, dort wo Mängel/Handlungsbedarf erkannt wurde, werden Lösungsvorschläge präsentiert. Eine hohe Priorität müssen die Vorhaben der Wasserversorgungen haben, damit in den 3 Jahren sämtliche wichtigen Projekte geplant und dann bis 2020 realisiert werden können. Hier dürfen wir uns keine Verzögerungen mehr leisten.

Wer die Investitionen fürs kommende Jahr im Finanzplan mit denjenigen im Voranschlag vergleicht, wird Unterschiede feststellen. Zum Teil bedingt durch genauere Zahlen, aber auch "strukturelle" Unterschiede, da wir und teilweise die Stimmbürger Kredite zu Vorhaben in den Vorjahren beschlossen haben, die aber bisher nicht realisiert wurden (z.B. Quellsanierung Himmelrich, Areal Eggli). Hier gilt es ein besonderes Augenmerk zu legen. In der Vergangenheit hatten wir oft zu viele Baustellen - echte und übertragene - die wir nur unzureichend wieder fertig stellen konnten. Es ist eben manchmal gefährlich nur die Netto-Investitionen aufzulisten, denn wenn auch Dritte ein Bauvorhaben massgeblich mitfinanzieren, muss für die ganze Projektvorbereitung, -abwicklung und -nachbereitung die Gesamtsumme betrachtet werden. Das heisst konkret, geplant sind für 2012 7,05 Mio., für 2013 14.075 Mio.- und für 2014 4,34 Mio. Dieses Volumen muss zuerst bewältigt werden, da geht es nicht nur um die Finanzierung. Da wird die Verwaltung dann sehr gefordert sein und er möchte davor warnen, diese müssen auch realisiert werden.

Festzuhalten ist, dass auch im Finanzplan mit massgeblichen Beiträgen der Jakob und Emma Windler-Stiftung gerechnet wurde. Hoffen wir, dass dies auch weiterhin so eintreffen wird. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass wir nur Dank diesen Beiträgen, die anvisierte Entwicklung von Stein am Rhein auch erreichen können. In vielen Bereichen der Stadtrechnung fliessen mittlerweile Stiftungsgelder ein, welche den Gesamthaushalt - und nicht nur die Investitionen - massgeblich positiv beeinflussen. Dank dafür an die Jakob und Emma Windler-Stiftung.

Positiv ist der SP ins Auge gestochen, dass die Stadt gewillt ist, mit den eigenen Baulandreserven zurückhaltend umzugehen, damit kein allzu starkes Wachstum uns vor grössere Infrastruktur-Aufwendungen (Schulen usw.) stellt; auch 1% pro Jahr (33 Personen) ergeben bis 2016 165 neue Einwohner und wahrscheinlich auch etliche neue Schülerinnen und Schüler.

Sie finden es richtig, dass man jetzt im Finanzplan keine weiteren Steuersenkungen in Aussicht stellt. Es dürfen keine neuen Begehrlichkeiten mehr geweckt werden. Wenn sich die Situation ändert, können dann im Einwohnerrat wiederum Diskussion geführt werden.

Die skizzierte Neuorganisation der Stadtverwaltung ist ein zentrales Element und zügig an die Hand zu nehmen. Es ist im Sinne einer zeitgemäss geführten Stadt, dass eine möglichst saubere Trennung zwischen operativem (Tages-)Geschäft (=Verwaltung) und strategischen Geschäften (=Stadtrat) zu erfolgen hat. Dadurch und mit den erwähnten baulichen Veränderungen im Rathaus wird eine kundenfreundlichere und dienstleistungsorientiertere Verwaltung geschaffen ohne dass der Verwaltungsapparat über Gebühr ausgedehnt wird. Aufgrund der aktuellen Entwicklung stellt sich jedoch die Frage,

ob nicht bereits in den nächsten Monaten vertiefte Diskussionen über das Anstellungs- und Besoldungsreglement zu führen sind. Explizit denkt Urs Weibel hier an die zwingend zu führende Diskussion mit welchen Pensen das Stadtpräsidium und die Stadtratspensen zu bestücken sind. Ich erinnere nur daran, dass der Schaffhauser Stadtpräsident bald nur noch eine 70% Anstellung hat.

Grundsätzlich ein richtiges Ziel ist eine 100%ige Kostendeckung bei der Feuerwehr.

Es ist sinnvoll, die Beiträge an kulturelle Institutionen und Organisationen neu zu regeln, sprich die Verantwortlichkeit der einzelnen Referate zu stärken und ein besseres Controlling (Deckelung) einzuführen.

Dass die Kostenentwicklung in der Kindertagesstätte nicht rosig aussieht, ist bedauerlich. Erfreulich ist, dass sich der Stadtrat hier nicht nur über die finanzielle sondern auch die betrieblichen Konsequenzen Gedanken macht, ganz im Sinne von "gouverner c'est prévoir".

Eine wichtige Frage ist, wie es mit dem Parkplatz-Fonds weitergehen soll, wenn man hier jetzt sieht, dass es ein Null-Summen-Spiel ist. Da müssen die Diskussionen noch geführt werden.

Der Aufhebung der Gemeindezulage ("sobald Gelegenheit dazu") für Lehrkräfte steht die SP kritisch gegenüber, wenn dadurch ein Standortvorteil für Stein am Rhein weggespart wird. Generell ist zur Schule zu sagen, dass hier die Prognosen zur Anzahl der geführten Klassen meiner Ansicht nach sehr konservativ beurteilt wurden. Wir haben die sukzessive Verschiebung des Stichtages zur Einschulung, was zu längeren und also auch grösseren Jahrgängen führt, wir haben die prognostizierte, ja angestrebte Entwicklung von 33 Personen pro Jahr mehr.

Im Bereich des Altersheims bleibt eine gewisse Unsicherheit bestehen. Die Vergangenheit zeigt, dass das jetzige Finanzierungsmodell, das auf der kantonalen Ebene gemacht wird, dermassen komplex und unstetig ist, dass mich weitere Änderungen von kantonaler Seite leider nicht überraschen würden.

Die Änderungen der Gebührenordnung bei der Kehrichtbeseitigung muss bei einer konkreten Vorlage diskutiert werden.

Die SP-Fraktion nimmt erfreut und positiv von diesem ausgezeichneten Finanzplan Kenntnis.

Werner Schmid, FDP, hat sich viele Notizen gemacht, aber die meisten Punkte wurden bereits erwähnt. Er möchte deshalb nur auf ein Thema zu sprechen kommen, das ist die Neuorganisation der Verwaltung. Das ist eine gute Sache. Auch, dass die Verwaltung nachher in der Lage sein wird, die Aufgaben, die sie hat, besser zu erfüllen. Das Hauptziel ist sicher mehr Bürgernähe, vor allem, da der Kanton immer mehr Begehrlichkeiten hat, Dinge zu sich zu holen. Da ist es wichtig, dem mit einer starken Verwaltung entgegenzutreten. Generell sind die Gemeindedienste nicht einfach Mittel zum Zwecke, sondern diese arbeiten für jeden Einzelnen von uns. Dafür gebührt ihnen ein Dank. Die Verwaltungsreform ist eine gute Sache und die bürgerliche Fraktion wird diese auch unterstützen.

Guido Lengwiler, Pro Stein, möchte die Aufmerksamkeit auf Seite 14 legen und zwar im Zusammenhang mit der Realisierung der HOGA-Sporthalle. Er geht optimistisch davon aus, dass diese nächsten Sommer kommt und man dann 5/4 Jahre keine Sporthalle für die Jugend hat. Vielleicht wäre es im Zusammenhang mit dem Umbau des Strandbades möglich, das geplante Beach-Volleyball-Feld vorzuziehen. In irgendeiner Form ausserhalb der Umzäunung würde das der Schule sehr helfen, insbesondere

wenn es wieder einen so trockenen Herbst wie dieses Jahr gibt. Dann könnte man lange draussen ein Beach-Volleyball-Feld brauchen. Das wäre auch im Frühling eine Möglichkeit für die Schule, wenn sie das Turnhallen-Problem hat. Wenn man das sinnvoll angeht, würde das sicher hineinpassen.

Beschluss:

Der Einwohnerrat nimmt den Finanzplan wie vorgelegt zur Kenntnis.

Mitteilung an:
Markus Oderbolz, Präsident GPK, Hemishoferstrasse 68, 8260 Stein am Rhein
Finanzreferentin
Zentralverwaltung
Ablage

BAU, Tiefbau, Kanalisationen 00.35.015

4. Sanierung der Klingenstrasse und Erneuerung der Werkleitungen im Abschnitt Langstuck bis Tennisplatz Genehmigung des Baukredites im Betrag von Fr. 588'000

Ernst Böhni, Werkreferent, erläutert die Vorlage des Stadtrates. Es handelt sich dabei um die Sanierung eines weiteren Abschnittes im Bereich Langstuck bis Tennisplatz. In der Planungskommission wurde festgestellt, dass wenn es heftige Niederschläge gibt, es zu Überschwemmungen beim Neubau der neuen Sporthalle HOGA kommen könnte. Es wurde daraufhin empfohlen, die Werkleitungen vor Baubeginn bzw. Abreissbeginn, zu ersetzen. Anschliessend werden diese zugedeckt und man schützt sie mit einer entsprechenden Kiesschicht. Dann passiert nichts mehr, bis die Halle fertig gebaut ist und erst dann wird der Strassenausbau gemacht. Alle Details stehen in der Vorlage, die die Verwaltung zusammen mit der Werkkommission geschrieben hat, dafür nochmals besten Dank.

Ernst Böhni bittet um Zustimmung für die Fr. 588'000.

Eintretensdebatte
Guido Lengwiler, Pro Stein, informiert, dass Pro Stein grundsätzlich für diese Vorlage ist. Sie sehen die Dringlichkeit mit dem hoffentlich realisierbaren HOGA-Projekt, dass man das jetzt vorzieht und nach Bauschluss zu Ende bringt, damit sich die beiden Baustellen nicht stören. Es ist sehr positiv, dass man das so plant und schon so früh gesehen hat. So gesehen werden sie der Vorlage zustimmen. Allerdings mussten sie einmal mehr wieder leer schlucken vom Preis her. Sie sind wiederum sehr überrascht, aber das ist bei jeder Tiefbau-Vorlage so, dass die Preise so enorm hoch sind. Sie hoffen eigentlich, dass in Zukunft mit diesen angesprochenen Projektmanagern und Begleitern von externer Seite auch auf der preislichen Seite etwas beim Tiefbau erreicht werden kann. Einerseits um den externen Projektmanager zu finanzieren aber letztlich auch, um für die Stadt Stein am Rhein künftig diesen Bereich Wasser, aus dem noch sehr viele Projekte auf uns zukommen, zu managen. In diesem Sinne werden sie zustimmen.

Jörg, Derrer, SP, erklärt, die Vorlage sei ausführlich und informativ und er möchte sich deshalb kurz halten. Die Fraktion findet den Vorschlag, die Kanalisation und die Werkleitungen in der Klingenstrasse vor Beginn des Sporthallen-Neubaus auszuführen richtig, damit das Problem Mischwasserkanal rechtzeitig gelöst werden kann. Der Fraktion

ist es wichtig, dass die neuen Leitungen während des Baus gut geschützt werden, wegen der Belastung durch den Baustellen-Verkehr. Somit wird alles zusammen mit dem Sporthallenbau fertig sein.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

Werner Käser, FDP, möchte sich seinen Vorrednern anschliessen. Die bürgerliche Fraktion hat die Vorlage eingehend geprüft und diskutiert. Nachdem in der Kommission ursprünglich beschlossen worden war mit der Ausführung in diesem Strassenstück zu warten, bis die Sporthalle fertig gestellt ist, hat sie der Zeitpunkt etwas überrascht. Sie können allerdings den Argumenten der Baufachleute und des Stadtrates folgen, wonach bei anhaltendem Regenwetter ein erhöhtes Überflutungsrisiko besteht. Weder der Stadtrat noch der Einwohnerrat wollen sich im schlimmsten Fall der Schadensverursachung durch Unterlassung mitschuldig machen. Das Projekt lag ohnehin bereits vorbereitet in der Schublade; es ist sinnvoll, wenn dieses jetzt vorgezogen und noch vor Baubeginn im Hopfengarten realisiert wird. In der Fraktion bestehen gewisse Ängste, ob die Leitungen der grossen Belastung durch den Baustellenverkehr gewachsen sein werden. Vielleicht kann der zuständige Referent dazu noch etwas sagen.

Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage.

Ernst Böhni, Werkreferent, erklärt, genau aus diesem Grund wollte die Werkkommission alles lassen wie es ist und erst nach dem Bau die Leitungen ersetzen. Die Angst der Bauleute, dass die jetzige Kanalisation ohne Meteowasser-Kanal bei einer riesigen Menge von Wasser zu Überschwemmungen führt und retourdrückt in die Baustelle, hat sie überzeugt, das vorher zu machen. Die Baufachleute haben ihnen versichert, dass die neuen Leitungen so tief unten sind, dass diese durch den Baustellenverkehr keinen Schaden nehmen. Wie allerdings schon erwähnt, wird die Teerung, Trottoir usw. erst nachher gemacht. Er möchte noch darauf hinweisen, dass erst nachdem die Abstimmung der HOGA-Halle gemacht ist, mit diesem Projekt begonnen wird. Man hat nicht zwei Baustellen. Man verlegt die Leitungen neu und beginnt dann sofort mit dem Abriss der alten Halle. Das steht auch so in der Vorlage. Sollte die Halle nicht gebaut werden, eilt es auch nicht mit der Erneuerung der Werkleitungen, dann wird Anderes vorgezogen, das notwendiger ist.

Detailberatung
Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Antrag Sanierung der Klingenstrasse und Erneuerung der Werkleitungen im Abschnitt Langstuck bis Tennisplatz mit gleichzeitiger Genehmigung des Baukredites im Betrag von Fr. 588'000 wird angenommen. (13 Ja-Stimmen,1 Enthaltung)

Mitteilung an:
Markus Oderbolz, Präsident GPK, Hemishoferstrasse 68, 8260 Stein am Rhein
Werkreferent
Zentralverwaltung
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

5. Volksmotion von Klaus Hagmann und elf Mitunterzeichnende „Vollständige und realistische Lösung für den Chirchhofplatz den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zur Abstimmung vorzulegen“ Fristverlängerung bis 30.09.2012

Beat Hug, Baureferent, bittet um eine nochmalige Fristverlängerung bis zum 30.09.2012 für das Einreichen von Bericht und Antrag im Zusammenhang mit der Volksmotion Hagmann.

Grundsätzlich liegt eine Vorlage bereit und für den Wärmeverbund zeichnet sich eine Lösung ab, die unabhängig von der Chirchhofplatz-Gestaltung erfolgen kann. Die ermittelten Kosten für das Projekt betragen Fr. 2.76 Mio. Diese doch auch hohen Kosten haben den Stadtrat dazu bewogen, die Vorlage nochmals genauer unter die Lupe zu nehmen. Dazu möchte er eine Arbeitsgruppe einsetzen. Diese soll das Ganze beurteilen und dann gegebenenfalls für den Einwohnerrat einen Gegenvorschlag oder zusätzlich noch eine Variante ausarbeiten.

Damit erhofft sich der Stadtrat eine breitere Akzeptanz beim Stimmvolk als bei der letzten Abstimmung und dass dann der Chirchhofplatz endlich saniert werden kann.

Eintretensdebatte

Richard Schlatter, Pro Stein, ist der gleichen Meinung wie der Stadtrat. Grundsätzlich sollten solche Motionen nicht auf die lange Bank geschoben werden, aber in diesem Fall, wo es um einen grossen Betrag geht und um eine gescheiterte, ursprüngliche Abstimmung, sind sie auch der Meinung, dass man das nochmals genauer überprüfen muss und sie begrüssen deshalb, dass eine Arbeitsgruppe einberufen werden sollte. Sie sind auch der Meinung, dass das Projekt nicht hauptsächlich auf die schöne Neugestaltung des Chirchhofplatzes ausgerichtet sein sollte, sondern auf die Notwendigkeit der Sanierung der Leitungen, die unter dem Chirchhofplatz verlaufen. Es ist nicht etwas, dass für die Pro Stein oberste Priorität hat.

Rolf Oster, SP, erklärt auch die SP sei zu einem ähnlichen Schluss gekommen. Sie können diese Verschiebung des Projektes eigentlich nachvollziehen und auch die Überprüfung des Projektes macht Sinn. Was für die SP aber wichtig ist, ist dass die Parkplatz-Situation in diesem Bereich nochmals genau beurteilt wird. In diesem Sinne können sie den Antrag des Stadtrates unterstützen.

Ursula Knecht, FDP, sagt die bürgerliche Fraktion zeige sich erstaunt über die erneute gut jährige Fristverlängerung betreffend Vorlage des Geschäfts Chirchhofplatz. Gemäss vorliegendem Geschäft liegt schon seit längerer Zeit eine Vorlage bereit. Auch die immer wieder erwähnten und zur Fristverlängerung angeführten Abklärungen betreffend Verlegung der Leitungsanlagen des Wärmeverbundes sind gemäss Stadtrat erfolgt. Es zeichnet sich eine Lösung ab, die unabhängig von der Chirchhofplatz-Sanierung umgesetzt werden kann. Neu ist jetzt allerdings, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden soll.

Antrag

Ursula Knecht, FDP, möchte den Antrag stellen, dass die Fristverlängerung nicht auf 30. September 2012 sondern auf Ende Mai 2012 angesetzt wird.

Beat Hug, Baureferent, hat Verständnis für den Antrag der bürgerlichen Fraktion. Das Projekt liegt ganz klar beim Baureferat. Er weist darauf hin, dass gerade im jetzigen

Zeitpunkt viel Arbeit auf sie zukommen wird und er wäre froh, wenn die vorgeschlagene Frist angenommen würde, damit sie genügend Zeit für die notwendigen Abklärungen haben.

Werner Käser, FDP, hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass er dieser Volksmotion nicht viel abgewinnen kann und dass er nicht verstehen kann, wieso die Stadt Stein am Rhein diese Kantonsstrasse sanieren soll. Von dem her könnte es ihm egal sein, wenn das Geschäft auf wann auch immer hinausgeschoben wird. Aber er erachtet es als einen Akt der politischen Fairness den Motionären gegenüber, dass man das Geschäft auch innert nützlicher Frist behandelt und vorlegt. Deshalb ist er der Meinung, dass man das jetzt bald behandeln sollte.

Ruedi Vetterli, parteilos, wäre eigentlich der gleichen Meinung gewesen, dass man die Frist reduziert. Aber es ist auch klar, dass der Stadtrat nicht weiss, was in nächster Zeit alles auf ihn zukommt und für was alles er Energien und Arbeitszeit aufwenden muss. Vor diesem Hintergrund ist er für die Fristverlängerung um ein Jahr. Wenn jedoch wider Erwarten weniger Arbeit auf den Stadtrat zukommt, dieser doch noch Zeit findet und dies bereits früher aufgegriffen werden kann, ist auch niemand traurig.

Beat Hug, Baureferent, ergänzt, sie gäben sich alle Mühe, den Zeitplan einzuhalten, aber das Projekt müsse auch zuerst noch übergeben werden.

Ursula Knecht, FDP, ergreift nochmals das Wort. Man habe jetzt viel gehört und es komme viel auf den Stadtrat zu. Sie wollte eigentlich aufzeigen, dass man solche Projekte nicht so lange hinauszögern sollte, sie kann die Argumente von Beat Hug aber nachvollziehen, es wird sicher viel Arbeit geben in nächster Zeit.

Sie wird den angekündigten Antrag nicht stellen. Sie bittet aber, falls es die Zeit zulässt, sich so schnell wie möglich mit dieser Motion zu befassen.

Beschluss:

Der Einwohnerrat genehmigt die Fristverlängerung für die Behandlung der Volksmotion Hagmann bis 30. September 2012 einstimmig.

Mitteilung an:
Klaus Hagmann, Schwarzhorngass 14, 8260 Stein am Rhein
Werkreferent
Baureferent
Stadtschreiber
Ablage

INNERES, Einwohnerrat **03.20.**

INNERES, Wahlen, Gemeinde **03.65.005**

6. Wahl des Einwohnerratsbüros für 2012
- **Präsident oder Präsidentin**
- **Vizepräsident oder Vizepräsidentin**
- **Aktuarin oder Aktuar**
- **Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler**

Beschlüsse:

Wahl des Präsidenten
Auf Vorschlag von André Ullmann, Pro Stein, wird mit 14 Stimmen der bisherige Vizepräsident **Richard Schlatter, Pro Stein,** zum **Präsidenten des Einwohnerrates** für das Jahr 2012 gewählt.

Wahl der Vizepräsidentin
Auf Vorschlag von Urs Weibel, SP, wird mit 14 Stimmen die bisherige Aktuarin **Claudia Pia Eimer, parteilos**, zur **Vizepräsidentin** für das Jahr 2012 gewählt.

Wahl des Aktuars
Auf Vorschlag von Werner Schmid, FDP, wählt der Einwohnerrat **Werner Käser, FDP**, mit 14 Stimmen für das Jahr 2012 zum **Aktuar.**

Wahl der Stimmenzähler
Jörg Derrer, SP und **Werner Schmid, FDP** werden mit 12 Stimmen als Stimmenzähler für das Jahr 2012 bestätigt.

Mitteilung an:
Richard Schlatter, Blaurockstrasse 13, 8260 Stein am Rhein
Claudia Pia Eimer, lic. phil., Öhningerstrasse 11, 8260 Stein am Rhein
Werner Käser, Mühlenstrasse 15, 8260 Stein am Rhein
Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein
Werner Schmid, Bollstieg 6, 8260 Stein am Rhein
Stadtschreiber
Stadtratskanzlei
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

7. Postulat Oster:
Nutzung der Dächer für Energieerzeugungsanlagen

Rolf Oster, SP, erklärt die Gründe, die zu seinem Postulat geführt haben. Der Bundesrat hat am 25. Mai 2011, der Nationalrat in der Sommersession und der Ständerat in der Herbstsession entschieden, die nachhaltige Energieentwicklung zu fördern. Die SP hat sich überlegt, wie man diesen Entscheid auf Stein am Rhein herunterbrechen kann. Wie können wir diese Politik bei der Steiner Bevölkerung unterstützen, wie können wir die Energieeffizienz auch in Stein am Rhein steigern. Können wir den Hausbesitzern etwas zur Verfügung stellen, was können wir machen, damit wir weniger Öl im Ausland einkaufen müssen. Darum wurde dann dieses Postulat gestellt. Das Postulat strebt an, dass ein Konzept zur Nutzung von Solarenergie auf städtischen Liegenschaften erstellt werden soll.

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Studie zu erstellen, in welcher die Möglichkeiten für die Energienutzung durch Sonnenenergie (Solarthermie oder Photovoltaik) auf den stadteigenen Dächern und deren Kosten/Nutzen-Analyse abgeklärt wird.

In einem zweiten Schritt könnte mit der Studie auch den Besitzern von Gewerbe- und Industriebauten in Stein am Rhein das Potenzial der Nutzung der Solarenergie sowie deren Wirtschaftlichkeit aufgezeigt werden.

An konkreten Beispielen (Feuerwehrdepot, Schul- und Sportanlagen) kann die Art der Sonnenkollektoren, des Anlagenaufbaus und die Energiegewinnung dargestellt werden.

Begründung:

- Mit dem Wärmeverbund (Holzschnitzelheizung) und der vom Einwohnerrat bewilligten Abklärung zur Nutzung der Geothermie hat die Stadt Stein am Rhein bereits lobenswerte Schritte zur Nutzung von erdöl- und atomstromunabhängiger Energieformen unternommen. Die Nutzung der Sonnenenergie jedoch wurde bis anhin stiefmütterlich behandelt.
- Mit der Untersuchung wird die mögliche Energiegewinnung auf den Gebäuden der öffentlichen Hand der Bevölkerung dargestellt. Dadurch erhält die Stadt Stein am Rhein die nötigen Entscheidungsgrundlagen für die Nutzung der Solarenergie.
- Mit der Erwartung, dass die Studie zu umsetzbaren Ergebnissen führt und diese von der Stadt auch realisiert werden, kann die Stadt gegenüber der Allgemeinheit ihrer Verantwortung einer nachhaltigen Energienutzung nachkommen und gleichzeitig die Steiner Bevölkerung für dieses Thema sensibilisieren und mit gutem Beispiel vorangehen.
- Mit der Nutzung von Sonnenenergie, Geothermie und nachwachsender Rohstoffe (Holzschnitzel) kann die politische Führung in Stein am Rhein die anzustrebende Energie-Unabhängigkeit deutlich machen und ein Zeichen für die nachhaltige Entwicklung von Stein am Rhein setzen.

Nicht zuletzt bedeuten diese Sonnenenergie-Anlagen Beschäftigung für das regionale Gewerbe, das durch solche Installationen unterstützt wird.

Die Umsetzung der Energiesicherung von Stein am Rhein muss langfristig betrachtet werden. Darum sollte die Sonnenenergieeffizienz der Dächer und deren Möglichkeiten heute geprüft werden, damit die Energiesicherheit in 10 bis 20 Jahren umgesetzt ist. Die Bevölkerung sollte für solche Installationen sensibilisiert werden, damit kann die Energiesicherheit vergrössert werden. Der Wunsch der SP-Fraktion ist es, dass die Mehrheit des Einwohnerrates diesem Antrag zustimmt und dem Stadtrat den Auftrag gibt, diese Studie umzusetzen und auszuarbeiten.

Eintretensdebatte

Georg Berner, parteilos, erklärt im Namen der Arbeitsgemeinschaft Pro Stein, dass diese grundsätzlich der Nutzung von erneuerbarer Energie und Wärme sehr positiv gegenüber steht. Beim Wärmeverbund und der damit verbundenen Holzschnitzelheizung steht ein öffentliches, wenn auch quartierbedingtes, Interesse dahinter. Wie bereits erwähnt, sollten auf anfangs 2012 die ersten Resultate betreffend der geothermischen Untersuchungen westlich in Stein am Rhein bereit sein, die dann zu einem entsprechenden Angebot führen sollten, wenn sich zeigt, dass dies dort auch effizient genutzt werden kann. Zudem wird im nächsten Jahr der Öffentlichkeit die Vorlage für den Neubau der Sporthalle Hopfengarten vorgelegt. Dort wurden in der Kommission bereits alle technischen Voraussetzungen geschaffen für die Realisierung einer Photovoltaik-Anlage auf den rund 2500 m² Dach-Fläche und das ist in der Vorlage, die dem Volk vorgeschlagen wird, bereits integriert. Die Pro Stein glaubt, dass mit diesen 2500 m² Fläche für 100 Bürger, rund 18 – 20 Haushalte, der Strom erzeugt werden könnte. Sie geht davon aus, dass das über eine sogenannte Bürgersolaranlage realisiert werden könnte, was die Gemeinde Grabs im Moment gerade sehr erfolgreich umsetzt, indem die Bürger Beteiligungsscheine zeichnen und so an dieser Anlage beteiligt sind.

Aus den genannten Gründen und aus den bereits initiierten Massnahmen geht die öffentliche Hand bereits in die Richtung des Motionärs und die Pro Stein lehnt dieses Postulat deshalb ab.

Werner Schmid, FDP, erinnert daran, dass unsere Gesellschaft nur dank Energie funktioniert. Energie ist etwas vom Wichtigsten, das wir haben, dass unser tägliches Leben läuft. Aufgrund von Fukushima hat auch die FDP gemerkt, dass es so nicht weiterlaufen kann. Es geht darum, dass man an allen Ecken schaut, wie man die erneuerbare Energie fördern kann. Stein am Rhein geht da weit voraus mit dem Wärmeverbund, wo die Energie nicht aus Asien kommt sondern hauptsächlich aus dem Klingenwald. Die Region Bern hat eine Studie herausgegeben, die zeigt, dass nach Fukushima, als die Bevölkerung gesagt hat, Atomkraft habe keine Zukunft, der Stromverbrauch um 2% gestiegen ist. Also Wunschdenken und Realität funktionieren da noch nicht ganz. Es ist wichtig, dass gerade Gemeindewesen mit gutem Beispiel vorangehen und versuchen, die Möglichkeiten aufzuzeigen. An der vorletzten Sitzung lag die Motion vor, die aus der Sicht der FDP zu weit gegangen wäre, da sie vor allem auch in den Privatbereich gegangen wäre. Dieses Postulat ist jetzt aber aus Sicht der FDP sicher das richtige Mittel um zu zeigen, die Stadt macht etwas. Sie unterstützen das Postulat und werden diesem auch zustimmen.

Beat Hug, Baureferent, führt aus, dass der Fukushima-Effekt verflogen ist, die Erklärung zum Ausstieg aus der "Atomenergie innert absehbarer Frist" ist in den Hintergrund gerückt.

Wir alle wissen jedoch, dass eine zukünftige Energiekrise ganz schlimme Folgen haben kann, die diejenigen der heutigen Finanzkrise bei weitem übertreffen. Auf diesem Hintergrund ist klar, dass für den Stadtrat die Nutzung erneuerbarer Energien permanentes Thema und ein Anliegen ist. Der Einwohnerrat hat bereits der Schaffung des Wärmeverbunds "Holzschnitzelheizung" sowie der Erarbeitung der Machbarkeitsstudie "Geothermie" zugestimmt und die notwendigen Kredite gesprochen. Dem Stadtrat ist bewusst, dass mit der Nutzung erneuerbarer Energien die Energieerzeugung regionalisiert wird und die Wertschöpfung grösstenteils hier erfolgt. Das Postulat will, so interpretiert es der Stadtrat, dass die optimalen örtlichen Gegebenheiten für den Bau von Photovoltaikanlagen ermittelt werden. Der Stadtrat geht im Weiteren davon aus, dass von dieser Studie neben der Stadt auch Private und Körperschaften profitieren, indem die Bewilligungsfähigkeit geprüft und die Ergebnisse publiziert werden. Hier ist jedoch sofort einzuschränken, dass jeder Bau einer Anlage einzeln geprüft und bewilligt werden muss; die Studie kann hier nur allgemeine Aussagen machen und unter diesem Vorbehalt gesehen werden. Die Studie könnte allenfalls anregend sein, für die Bildung von Gemeinschaften und Gruppen, die, unter welcher Rechtsform auch immer, den Bau von Anlagen z.B. auf gemieteten Dachflächen vornehmen.

Der Stadtrat kann der Erarbeitung einer Studie und damit der Überweisung des Postulats zustimmen sofern daraus nicht die Pflicht entsteht, mit der Umsetzung durch die Stadt, also dem Bau von Anlagen auf städtischen Liegenschaften, in der Folge rasch zu beginnen. Dies kann nur und ausschliesslich in einer Gesamtplanung und der gesicherten Finanzierung erfolgen.

Der Stadtrat weist, der guten Ordnung halber darauf hin, dass die Überweisung des Postulats Kosten auslöst, die im zuvor behandelten Voranschlag 2012 nicht vorgesehen sind. Die Erarbeitung der Studie muss durch externe Fachleute erfolgen, die mit der Materie vertraut sind. Er kann da noch ergänzen, dass sie eine Offerte hatten für eine solche Studie, die aber nur Photovoltaik angesehen hätte, die Wärmeerzeugung nicht. Diese Studie hätte ca. Fr. 11'000 gekostet, die Strassenbeleuchtung wäre noch miteinbezogen gewesen, das hätte dann fast Fr. 18'000 gekostet. Die Geothermie-Studie hat Fr. 70'000 gekostet, die aber zum Glück nur zu einem Drittel getragen werden muss, der Rest trägt Bund und Kanton. Die Stadt hat bereits Studien auf ihren Dächern ge-

macht und weiss, was möglich ist auf der Sporthalle HOGA. Betreffend Feuerwehr und Bauamt wurde eine Studie gemacht, wärmetechnisch plus Solarzellen, diese Studie liegt bereits vor. Es fehlen einfach die Finanzen, um das umzusetzen.

Rolf Oster, SP, wollte mit diesem Postulat eigentlich erzeugen, dass man diese Studien, die man bereits hat, auch publiziert. Damit kann man den Leuten zeigen, was dieses Energiesteigerungspotenzial eigentlich bringen könnte. Stein am Rhein liegt grösstenteils an einem Südhang und da hat es viel Potenzial. Er hat auch die Äusserung von Georg Berner zur HOGA-Halle zur Kenntnis genommen. Was halt einfach ist, wenn die Stadt vorausgeht hat es einfach den Vorteil, dass Bürger wie auch Körperschaften dies unterstützen und das ist auch ein Thema, dass er hier mit der Zeitwahl definiert hat. Wenn wir einen Zeithorizont für die Umsetzung von 10 – 20 Jahre anschauen, dann haben wir die Thematik, dass genau in diesem Zeitraum die Stromlücke kommt. Wenn wir dann mit Photovoltaik und Sonnenkollektoren bereit stehen, können wir doch die Energiesicherheit um 20% erhöhen. Darum findet er es sehr positiv wenn der Stadtrat das einerseits unterstützt und andererseits auch, wenn der Einwohnerrat das mehrheitlich verabschiedet, sodass die Studie öffentlich wird.

Beschluss:

Der Einwohnerrat überweist das Postulat Oster: Nutzung der Dächer für Energieerzeugungsanlagen mit 9 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Mitteilung an:
Rolf Oster, Espiweg 43, 8260 Stein am Rhein
Baureferent
Stadtschreiber
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

8. Allgemeine Umfrage

Ursula Knecht, FDP, hat positiv zur Kenntnis genommen, dass auf der Strecke der S29 morgens und abends ab dem neuen Fahrplan Zusatzzüge verkehren. In der Information stehe jetzt aber auch, es habe schlanke Anschlüsse zum Südbaden-Bus Richtung Hemishofen und umgekehrt. Auch eine Verdichtung nach Gottmadingen/Gailingen und die Verlängerung der Strecke von Radolfzell/Öhningen nach Stein am Rhein wird erwähnt. Das war ja genau das Problem, das immer wieder mal moniert wurde im Saal, dass die Anschlüsse nach Radolfzell nicht passen. Ihre Frage ist, ob das jetzt passt und ob der Stadtrat überhaupt die Möglichkeit hat, da Einfluss zu nehmen.

Beat Hug, Baureferent, erklärt, die Südbadenbus GmbH werde ihr Angebot erweitern, aber es werde weiterhin nicht abgestimmt sein auf unsere Strecken in der Schweiz. Da kann Stein am Rhein auch keinen Einfluss nehmen, da diese andere Abstimmungsprobleme in Deutschland haben und diese lösen müssen. Es gibt jetzt mehr Busse, die Belastung wird aber kleiner sein, da nicht mehr alle zum Bahnhof fahren.

*****

Urs Weibel, SP, hat eine Frage zum Kloster St. Georgen, da man lesen konnte, dass nicht mehr das Bundesamt für Kultur zuständig sein wird, sondern neu die Gottfried Keller-Stiftung. Hat der Stadtrat dazu weitere Kenntnisse und wenn ja, hat das irgendwelche Auswirkungen auf den Betrieb oder die Finanzen.

René Meile, Sozialreferent, bestätigt diesen Wechsel, kann aber die Auswirkungen noch nicht beurteilen. Der Stadtrat hofft auf eine Verbesserung.

Beat Hug, Baureferent, meint, es könne nur besser werden. Es sei allgemein beim Bund, SBB oder was auch immer, man muss sich durchkämpfen bis man bei dem Entscheidungsträger ist, den man wollte. Aber sie versprechen sich ganz klar Verbesserungen, da nachher klar sein sollte, wer zuständig ist.

*****

Werner Schmid, FDP, würde es interessieren, wie es beim Eggli-Areal weitergeht. Es wurden ja Abklärungen gemacht. Wie geht es weiter, wie sieht der Zeithorizont aus.

Beat Hug, Baureferent, teilt mit, dass er dazu noch keine Auskunft geben kann.

*****

Ruedi Vetterli, SP, hat die Bitte, dass man bei einem Gespräch mit den Betreibern der deutschen Buslinie darauf hinweist, dass diese für behinderte Menschen nicht geeignet sind. Nur schon ein Böckli als Einstiegshilfe könnte eine deutliche Verbesserung bringen. Teilweise kann man haarsträubende Situationen beobachten.

*****

René Meile, Sozialreferent, möchte es nicht unterlassen, Franz Marty, im Namen des Stadtrates für die gute Zusammenarbeit zu danken während dessen Präsidialjahres. Er möchte auch im Namen des Stadtrates den Neugewählten, dem Präsident Richard Schlatter, der Vizepräsidentin Claudia Eimer und dem Aktuar Werner Käser ganz herzlich gratulieren. Er ist überzeugt, dass sie im nächsten Jahr gut zusammenarbeiten werden.

Franz Marty, Einwohnerratspräsident, möchte sich auch für das interessante Jahr bedanken. Am Schluss wurde es noch etwas hektisch mit der zusätzlichen Sitzung für die neue HOGA-Halle, aber auch das wurde noch über die Runde gebracht. Der einzig mögliche Termin hat dann allen gepasst oder musste einfach passen. Er freut sich aber, ab der nächste Einwohnerrats-Sitzung am 24. Februar 2012 wieder unter den Einwohnerräten mittun zu können.

Jetzt möchte er die Insignien des Einwohnerratspräsidenten weitergeben an den nächsten Präsidenten, an Richard Schlatter und wünscht ihm viel Spass für sein Amtsjahr.

Richard Schlatter bedankt sich und ergreift das Wort. Er bemerkt, dass er noch an keiner Einwohnerrats-Sitzung in den letzten sieben Jahren alle Einwohnerräte hat reden hören. Das ist heute eine Première und hat ihn sehr gefreut. Er möchte eigentlich damit sagen, dass nach 17 Jahren Franz Hostettmann nicht einfach ein Schalter umgelegt werden kann, dies ist schon verschiedentlich erwähnt worden.

Er möchte als angehender Einwohnerratspräsident nochmals ganz klar dem Stadtrat Hand bieten. Es stehen grosse Veränderungen an: Restrukturierung in der Verwaltung, Ämterverteilung, die allgemeine Suche nach einem geeigneten Kandidaten für das Amt des Stadtpräsidenten, das sind grosse Herausforderungen. Er möchte den Stadtrat bitten, auf den Einwohnerrat zuzukommen.

Auch die Zusammenarbeit in den Kommissionen kann in seinen Augen ausgebaut werden. Es gibt verschiedene Kommissionen da geht man nach 2 Stunden nach Hause und hat überhaupt nichts gesagt. Man könnte dort auch Ressourcen nutzen, wenn man die Personen in den Kommissionen mehr einbindet, auch diese können ausserhalb der Kommission noch am Projekt arbeiten.

Er möchte in diesem Zusammenhang auch betreffend der Restrukturierung in der Verwaltung bitten, die Angestellten im Auge zu behalten. Es wäre nichts dümmer, als wenn mit dieser erhöhten Arbeitslast plötzlich Leute noch gesundheitlich ausfallen würden. Auch ist in diesem Bereich vielleicht schon frühzeitig zu überlegen, ob man temporär noch eine Aushilfe haben müsste, bis alles wieder strukturiert ist und auf der Schiene läuft.

Auch einen Appell an die Bevölkerung hat Richard Schlatter. Wie bereits gesagt - 17 Jahre sind eine lange Zeit - es wird am Anfang sicher nicht so laufen wie man sich das gewohnt ist, es wird eine Übergangszeit brauchen. Aber Richard Schlatter ist sich 100% sicher, dass das gut herauskommen wird und danach alle glücklich sein werden. In diesem Sinne freut er sich im nächsten Jahr Einwohnerratspräsident zu sein, im Jahr der grossen Umstellungen.

Richard Schlatter lädt gerne alle Anwesenden zu einem Umtrunk ins Gasthaus zur Ilge ein.

Schluss der Sitzung 22.25 Uhr

Stein am Rhein, 15. Dezember 2011

Die Protokollführerin

Yvonne Widmer